

antikap

Zeitschrift der
Bewegung für
den Sozialismus

ASTRA

ACS



**Den
Rheintunnel
verhindern!**

**Aber ^{S. 5-14}
wie?**

Weitermachen — Trotz alledem!

Manchmal ist es schwierig, angesichts der politischen und sozialen Verhältnisse auf dieser Welt nicht zu verzweifeln und Zuversicht zu bewahren. Seit Jahren versuchen wir als Teil der Bewegung für Klimagerechtigkeit die Gesellschaft für die grösste Herausforderung der kommenden Jahrzehnte zu sensibilisieren: die Klimakatastrophe. Die Erderwärmung, die Desertifikation und damit die Minderung landwirtschaftlicher Erträge, das Artensterben, die Luft- und Wasserverschmutzung — all das schreitet täglich voran. Aus unserer Sicht ist es längst überfällig, die gesellschaftlichen Ressourcen zuallererst dafür aufzuwenden, unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu überwinden und unsere Produktions- und Konsumweise von Grund auf neu zu organisieren. Es ist klar, dass dazu die Macht der Rohstoff-, Energie- und Agrokonzerne gebrochen werden muss.

Doch bekanntlich sind es weder wir noch die antikapitalistische Linke im Allgemeinen, die derzeit in der Lage sind, die «Themen unserer Zeit» festzulegen. Anstatt die Klimakrise ernst zu nehmen und dementsprechend zu handeln, sind es Nationalismus, Militarismus und Abschottung, die nicht nur das Bewusstsein vieler Menschen, sondern auch die politische Praxis der herrschenden Klasse prägen. 2023 haben die Staaten dieser Welt rund 2 200 Milliarden US-Dollar für Militär- und Rüstungsausgaben aufgewendet und damit einen neuen Rekordwert erreicht. Was in vielen europäischen Ländern lange Zeit nur sehr zögerlich vorangetrieben wurde, steht nun wieder weit oben auf der politischen Agenda: Aufrüstung. Fast 60 Prozent der globalen Militärausgaben wurden durch die NATO-Staaten getätigt, 40 Prozent alleine von den USA. Aber auch China, Russland und Indien rüsten weiter auf. Die schrecklichen Konflikte und Kriege im Jemen, in Israel-Palästina, in der Ukraine oder in Nordsyrien werden von globalen Akteuren dazu verwendet, ihre eigenen geopolitischen Interessen voranzutreiben. Damit wächst nicht nur die Macht der (ebenfalls fossil angetriebenen) Rüstungsindustrie. Es steigt vor allem die Gefahr, dass immer mehr soziale und politische Konflikte mit militärischen Mitteln ausgetragen werden.

Mit Bestürzung und Wut blicken wir auf die Gräueltaten, welche die israelische Armee nun seit Monaten im Gazastreifen verübt. Unsere Solidarität gilt der palästinensischen Bevölkerung und all denjenigen zivilgesellschaftlichen Kräften, die sich gegen die israelische Kriegs- und Kolonialpolitik zur Wehr setzen und sich dafür organisieren. Dabei müssen wir auch unsere eigene Regierung sowie Einrichtungen und Firmen ins Visier nehmen, die hierzulande mit der israelischen Kriegsindustrie Geschäfte machen und davon profitieren.

Unsere Solidarität gilt auch der kurdischen Freiheitsbewegung, die seit Jahrzehnten für politische, kulturelle und territoriale Selbstbestimmung kämpft und sich immer wieder mit der brutalen Gewalt der türkischen Streitkräfte konfrontiert sieht.

Der Angriffs Krieg von Russland auf die Ukraine stellt viele Linke vor schwierige Herausforderungen. Es gilt Positionen zu entwickeln, die zugleich praktische Unterstützung des ukrainischen Widerstands gegen die imperiale Aggression erlauben, und trotzdem der Notwendigkeit, gegen Militarisierung und Aufrüstung zu kämpfen, gerecht werden.

Manchmal ist es schwierig. Aber wir denken nicht daran, aufzugeben. Es gehört zu unserem Selbstverständnis, Widersprüche der Gesellschaft gleichsam wie unsere eigenen Widersprüche zu analysieren und zum Ausgangspunkt für unser Handeln zu machen. In Basel engagieren wir uns gegen das skandalöse Rheintunnelprojekt und kämpfen dafür, stattdessen in den ökologischen Umbau und den öffentlichen Nahverkehr zu investieren. **S. 5–14** Dafür können wir sowohl von den Erfahrungen der Klimabewegung aus München lernen, als auch aus der Geschichte der Autobahnproteste in der Schweiz. **S. 8** Wir setzen uns schweizweit für eine solidarisch finanzierte Altersvorsorge und ein Ende der kapitalgetriebenen zweiten Säule ein. **S. 23** Auch wenn die neue Besetzung der Parteispitze der grössten, reaktionärsten Schweizer Partei, der SVP, in dieser Hinsicht nichts Gutes verspricht, spitzen sich zumindest die Widersprüche zwischen Parteileitung und Basis zu. **S. 26** Mit Blick

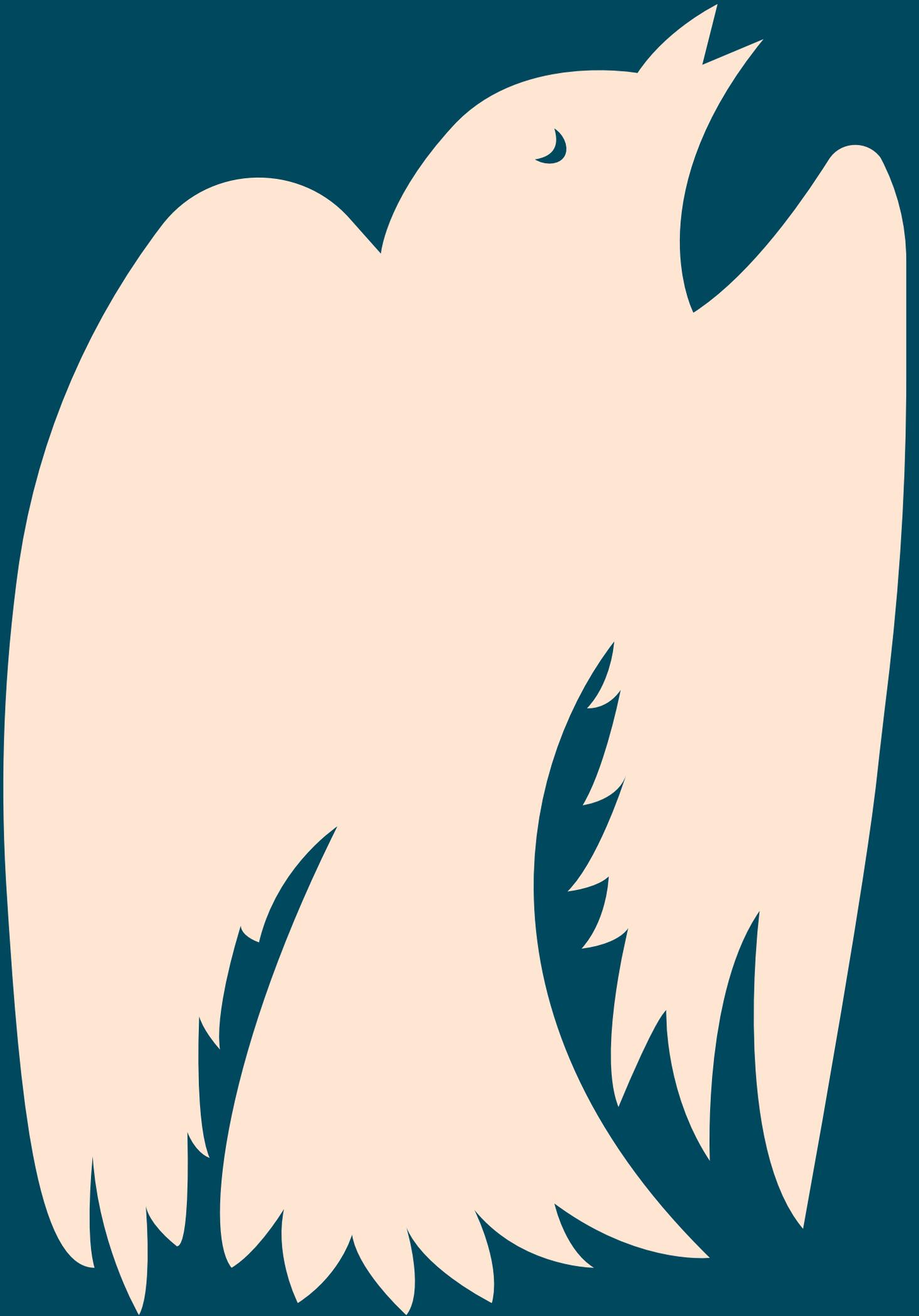
über Europa hinaus sprechen wir mit Aktivist:innen aus Israel, die sich für einen gerechten Frieden in Israel-Palästina und ein Ende des zionistischen Projektes einsetzen. **S. 15** Wir sprechen mit einem kosovarischen Aktivist:innen über linke Perspektiven im Kosovo und die Gefahr einer serbischen Einmischung. **S. 37** Zudem beleuchten wir, wie sich die feministische Bewegung in der Vergangenheit gegen Krieg und Militarismus eingesetzt hat. **S. 20**

Angesichts der globalen Konflikte und Gefahren mögen unsere Aktivitäten für viele unbedeutend wirken. Und doch glauben wir daran, dass es sich lohnt und dass es unsere Pflicht ist, für den Aufbau einer antikapitalistischen Bewegung einzustehen, die gegen Krieg, Patriarchat, Rassismus und kapitalistische Ausbeutung kämpft und solidarische Alternativen entwickelt. Um es mit Berthold Brecht zu sagen:

*Wer zu Hause bleibt,
wenn der Kampf beginnt,
und lässt andere kämpfen für
seine Sache,
der muss sich vorsehen:
Denn wer den Kampf nicht
geteilt hat,
der wird teilen die Niederlage.
Nicht einmal Kampf vermeidet,
wer den Kampf vermeiden will,
denn er wird kämpfen für
die Sache des Feindes,
wer für seine eigene Sache
nicht gekämpft hat.*

Die Redaktion

Cover Illustration:
Zana Selimi



Den Rheintunnel verhindern! Aber wie?

5

**Autobahnen und Protest:
Eine unvollständige
Geschichte**

6

**Lehren aus München:
Die Kampagne Hasenberg
verteidigen**

8

**Kein Autobahnausbau in
Basel – Projekt Rheintunnel
versenken!**

10

Vom Protest gegen die Justizreform zum Widerstand gegen den Krieg

15

**Feministische Friedenspolitik
ist umfassende Friedenspolitik**

20

Was tun mit den Pensions- kassen?

23

**Dettlings Kiwis in Oberiberg
und der gespaltene Bürgerblock**

26

Saudi-Arabien: Alles Money Rich

29

**Mit der Revolutionären
Kommunistischen
Partei zum Sozialismus
in der Schweiz?**

31

Feminismus im Film

35

**Vetëvendosje:
Kosovos linke
Regierung**

37

Abonniere Antikap

antikap ist die Deutschschweizer Zeitschrift der Bewegung für den Sozialismus und erscheint derzeit zweimal jährlich.

Sie versteht sich als Ergänzung zu unserer Webseite **sozialismus.ch**, auf der wir wöchentlich aktuelle Beiträge veröffentlichen. Obwohl die antikap unentgeltlich hergestellt wird, fallen für Druck und Versand Kosten an.

Ob wir den Erscheinungsrhythmus erhöhen, hängt auch von der Unterstützung unserer Leser:innen ab.

Für 10 CHF kannst du die antikap ein Jahr lang (Frühlings- und Herbstausgabe) abonnieren. Über zusätzliche Spenden oder ein Soliabo sind wir dir sehr dankbar.

Adresse Zeitschrift antikap,
Hammerstr. 178, 4057 Basel.

IBAN CH33 0900 0000 1523 8267 2





Den Rheintunnel verhindern!

Am 5. März 2024 gab der Basler Regierungsrat grünes Licht für den Bau des Rheintunnels. Während 10 Jahren soll im Kleinbasel gebaut werden für eine Autobahn, die frühestens 2039 in Betrieb genommen werden kann.

Der Tunnel ist Teil des schweizweiten Bauwahns von Autobahnen. Der Tunnel soll den Verkehr von der Osttangente in den unterirdischen Rheintunnel verlegen und damit die Quartiere entlasten. Doch das ist absurd. Es gibt keine Pläne, die Osttangente rückzubauen, womit die Kapazitäten insgesamt vergrößert werden. Und wie die Wissenschaft seit Jahrzehnten zeigt, führen mehr Kapazitäten immer zu mehr Verkehr. Es gäbe viele andere Möglichkeiten, die Quartiere vom Autoverkehr zu entlasten. Doch diese Massnahmen werden von der Autolobby immer verhindert.

Der Rheintunnel ist ein umweltpolitischer Wahnsinn: Mitten in der Klimakrise werden weiterhin Infrastrukturprojekte geplant, die auf Jahrzehnte Abhängigkeiten von fossilen Treibstoffen und Materialien schaffen. Dabei ist klar, dass der motorisierte Individualverkehr schnell und drastisch reduziert und der Öffentliche Verkehr ausgebaut werden muss. Dazu kommen die Folgen für das Quartier. Während 10 Jahren soll die Dreirosenmatte, die grösste Grünfläche im Matthäusquartier, zu einem Baumaschinen-Abstellplatz werden. Dem Regierungsrat scheint dies gerade recht zu kommen, wurde dieser Platz von bürgerlicher Seite während Jahren rassistisch zu einem sozialen Brennpunkt stilisiert.

Aber wie?

Die Klimabewegung steht vor einer schwierigen Aufgabe, möchte sie sich erfolgreich gegen das Projekt organisieren. Das Referendum, welches sich gegen den Autobahnausbau auf Bundesebene richtet, wird angesichts der Angewiesenheit auf das Auto in ländlichen Regionen sowie der ideologischen Bedeutung des Autos im Kapitalismus chancenlos sein. Zudem braucht die Organisation gegen den Rheintunnel einen langen Atem. Denn zwischen den Etappen – Referendum 2024, frühester Baubeginn 2029 – liegen Jahre. Die Verhinderung dieses Tunnels hängt davon ab, ob wir es als Klimabewegung schaffen, die Quartierbevölkerung aktiv miteinzubeziehen. Der Rheintunnel hat gute Chancen an der Urne – wir müssen ihn also als widerständiges Quartier bekämpfen. **S. 10**

Die Klimabewegung kann dabei auf eine lange Tradition an Kämpfen gegen Autobahnen zurückblicken und von deren Erfahrungen lernen.

In diesem Schwerpunkt möchten wir einerseits einen Blick werfen auf die Geschichte der Autobahnprojekte in der Schweiz sowie die Proteste, die sie hervorgerufen haben. **S. 6** Andererseits haben wir ein Interview geführt mit einem Klimaaktivisten aus München. **S. 8** Dort versucht die Kampagne «Hasenberg verteidigen» seit zwei Jahren, den Bau einer Stadtautobahn zu verhindern.

Ben Huber
BFS Basel

Autobahnen und Protest: Eine unvollständige Geschichte

Autobahnen sind ein junges Phänomen. Wurden sie zu Beginn teils euphorisch begrüsst, wuchs die Kritik und der Widerstand dagegen. Spätestens seit den 1970er Jahren wurde der Kampf gegen Autobahnbauprojekte auch von Erfolgen gekrönt. Im Folgenden soll mit zwei Beispielen gezeigt werden, dass es Basisinitiativen möglich ist, Autobahnprojekte und damit verbundene Infrastrukturvorhaben erfolgreich zu bekämpfen, wenn sie über Ausdauer, Kreativität und etwas Glück verfügen.

In der Schweiz bewirkte nach dem 2. Weltkrieg der rasche Wirtschaftsaufschwung sowie der damit einhergehende rasante Anstieg von Autobesitzer:innen ein landesweites Verkehrschaos in den 1950er Jahren. Als Antwort darauf lancierten der Touring Club Schweiz (TCS) und der Automobilclub Schweiz (ACS) 1955 eine eidgenössische Volksinitiative für den Bau eines Nationalstrassennetzes. Dieses sollte über eine indirekte Benzinststeuer finanziert werden. Die Initiative wurde 1958 vom Volk mit fast 90% Ja-Stimmen gutgeheissen und die konkrete Umsetzung wurde in kürzester Frist in die Wege geleitet. Knapp 9 Jahre später wurde anlässlich der Eröffnung der Landesausstellung von 1964 in Lausanne das erste gebaute Teilstück zwischen Genf und Lausanne dem Verkehr übergeben.

Von der Euphorie zur Kritik

Gegenüber den negativen Auswirkungen des Vorhabens war man in einer ersten Phase blind. In Morges beispielsweise mobilisierte sich die Bevölkerung dafür, dass die Autobahn das Stadtgebiet durchquert und dass die Anschlüsse so gebaut werden, dass man beim Zu- oder Abfahren von der Autobahn durch das Stadtzentrum fahren muss. Landschaftsverschandelung, Lärmschaden und Umweltverschmutzung waren keine Themen. Bei einem Wettbewerb zur Planung der Umfahrung der

Stadt Neuenburg wurde dem absurden Vorschlag, das Stadtgebiet mit einem offenen, im See verankerten Viadukt zu umfahren, der erste Preis verliehen.

Das Bewusstsein um die negativen Umweltauswirkungen des geplanten Autobahnnetzes entwickelte sich erst auf Grund der Erfahrung mit gebauten Teilstücken. Während der Kampf dagegen zu Beginn aussichtslos schien, änderte sich das in den 1970er Jahren. Damals gelang es dem Journalisten Franz Weber mit der Mobilisierung von Anwohner:innen, Volksinitiativen, Gerichtsverfahren und Medienkampagnen das Gegenteil zu beweisen – dass Kämpfe auch gewonnen werden können. In wenigen Jahren gelang es ihm, die Zerstörung von Lausanne-Ouchy durch eine als offene Schneise geplante Autobahnstrecke zu verhindern. Ebenso die geplante Simmental-Rawyl-Autobahn sowie die Verwüstung des rechten Sempacherseeufers durch die N2.

Wallis: Petitionen und Pläne

Als Konzession an den Föderalismus ist die Verantwortung für die Ausführungsprojekte der einzelnen Teilstücke des Nationalstrassennetzes von Anbeginn an den Kantonen übergeben worden. Dies hat im Wallis dazu geführt, dass bei der Detailplanung der Autobahn in einer ersten Phase systematisch die höchst möglichen Projektierungsnormen zur Anwendung

kamen, um den Walliser Baufirmen ein maximales Bauvolumen zu beschaffen. Ab 1977 ist eine Petition dagegen lanciert worden¹, die in Kürze 33 000 Mal unterschrieben wurde, obwohl sie von den kantonalen Behörden und Medien massiv diffamiert worden ist. Schlussendlich wurde aufgrund einer angenommenen Motion im Ständerat eine Revision des Walliser Autobahnprojekts bundesrätlich verordnet.

Im Oberwallis ist das Vorhaben durch die *Oberwalliser Gemeinschaft für Umwelt und Verkehr* (OGUV) bekämpft worden. Die OGUV wurde von der linksradikalen Zeitschrift *Die Rote Anneliese* lanciert. Sie erreichte nicht nur eine massive Mobilisierung der betroffenen Bevölkerung, sondern legte selber einen technisch ausgearbeiteten Vorschlag einer alternativen Linienführung der Autobahn vor. Dieser wurde bei der Neuplanung des Vorhabens weitgehend übernommen.

Lausanne: Ausdauer gegen Abriss

Überzeugender endete ein Kampf, der in Lausanne in den 1980er und -90er Jahren von Bürgerinitiativen gegen ein Projekt der Stadtbehörden geführt wurde. Dieses sah vor, das mehrstöckige Zentrum Laussannes auf der unteren Ebene des zugeschütteten Flon-Bachs mit Parkhäusern und einem Busbahnhof zu versehen. Zudem sollte eine neue und direkte Strassenverbindung zum nordöstlichen Anschluss der Autobahnumfahrung der Lausser Agglomeration gebaut werden.

Das Projekt hätte nicht weniger als den Abriss der Hälfte des stadtnahen Quartiers *Le Vallon* erfordert. Auch das nahe dem Zentrum gelegene, fünfeinhalb Hektare grosse Industriequartier *Plateforme du Flon* hätte für eine modernistische Stadtzentrumserweiterung abgerissen werden sollen. Der ohne Finanzmittel geführte Kampf gegen diese Vorhaben dauerte über 16 Jahre und führte – von einer Niederlage zur anderen – 1999 zum Erfolg! Das Strassenprojekt wurde schon ein paar Jahre zuvor aufgegeben. Das Vallon-Quartier ist erhalten geblieben und lebt. Aus der baulich weitgehend erhaltenen *Plateforme du Flon* ist eine autofreie Stadtzentrumserweiterung geworden.

Urs Zuppinger MPS Romandie

¹ Von der Walliser SP, dem Walliser Naturschutzbund und der Vereinigung der Walliser Produzenten lanciert.



Lehren aus München: Die Kampagne Hasenberggl verteidigen

In München soll eine Stadtautobahn gebaut werden, die das BMW-Werk besser erschliesst. Wir haben ein Interview geführt mit Philipp Duschinger, er ist aktiv beim Antikapitalistischen Klimatreffen München. Mit ihm haben wir über seine Erfahrungen im Kampf gegen das Autobahnprojekt gesprochen. Er ist im Quartier Hasenberggl, wo der Tunnel entstehen soll, aufgewachsen und ist Pressesprecher der Kampagne Hasenberggl verteidigen.

Antikap Ihr habt 2022 angefangen, euch gegen einen geplanten Autobahnbau zu organisieren. Kannst du kurz erklären, worum es geht?

Philipp Duschinger In München soll ein Autobahnanschluss mit Tunnel durch das Hasenberggl gebaut werden. Das geschieht auf Druck von BMW. Der Konzern hätte gerne einen direkten Anschluss an sein Forschungs- und Innovationszentrum (FIZ). Darüber hinaus geht es vermeintlich darum, eine Hauptstrasse zu entlasten. Politisch wurde das Projekt im Koalitionsvertrag zwischen der SPD und den Grünen in München ursprünglich auf Eis gelegt. Und dann wurde es doch wieder ausgegraben. Hierbei würden zahlreiche Spielplätze und einer der letzten Grünflächen im Stadtviertel weichen müssen. Zusätzlich würde sich abgesehen von jahrelangem Baulärm und einer Belastung direkt angrenzender Naturschutzgebiete das Verkehrsaufkommen im Hasenberggl um 80% steigern. Von der neuen Anbindung in die Stadt hinein würden aber die Anwohner:innen nicht einmal profitieren, da die meisten gar kein Auto besitzen.

Ak Das tönt ähnlich wie in Basel. Auch hier gehen mit dem geplanten Autobahnausbau Grünflächen und Kleingärten verloren. Eine weitere Parallele sehe ich in den Klimazielen. München hat, wie Basel auch, ein Netto Null Ziel bis Mitte 2030. Inwiefern habt ihr damit in eurer Kampagne argumentiert?

PD Wir haben die Klimaziele der Stadt genutzt, um aufzuzeigen, dass der Stadtrat seine eigenen Versprechen bricht und sich weniger um die Münchner:innen oder die Umwelt schert als um die Interessen der Kapitalist:innen wie Susanne Klatten und Stephan Quandt. Hierbei war uns aber wichtig zu betonen, dass im Kapitalismus der Staat sich zwangsläufig an die Seite der Konzerne stellen muss für seine eigene wirtschaftliche Stellung in der Welt. Soziale Gerechtigkeit und echter Klimaschutz in einem System mit Wettbewerb und Wachstumszwang, wo fortwährend nach einer Möglichkeit gesucht wird, die Produktionskosten zu senken und die Profite zu erhöhen, sind nicht möglich.

Ak Wie habt ihr euch (damals) organisiert, mit wem habt ihr zusammengearbeitet?

PD Wir haben ein Bündnis zusammen mit dem Antikapitalistischen Klappradkollektiv gegründet und begonnen, die Anwohner:innen über das Vorhaben zu informieren. Wir haben auch Infostände, Kundgebungen und Demos organisiert und uns mit

anderen Organisationen und NGOs ausgetauscht (Greenpeace und Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland [BUND] zum Beispiel). Allerdings haben wir uns nicht aktiv als breites Bündnis aufgestellt, aus der Befürchtung heraus, dass unsere Positionen durch bürgerliche Gruppen verwaschen werden könnten. Für einige stellt bereits das «antikapitalistisch» im Namen ein Problem dar.

Ak Habt ihr es geschafft mit den Anwohner:innen in Kontakt zu kommen? Gab es eine gemeinsame Organisation und eine breitere Mobilisierung?

PD 2022 haben wir im Quartier geflyert und Haustürgespräche geführt. Dadurch sind wir schon in Kontakt mit den Anwohner:innen gekommen. Die Leute waren grösstenteils überrascht und ziemlich wütend, da der Tunnel ja eigentlich mit dem Koalitionsvertrag vom Tisch war und sie niemand nach ihrer Meinung gefragt hat. Ich kann mich an niemanden erinnern, der sich in den Gesprächen im Quartier für den BMW-Tunnel ausgesprochen hat. Naja, bis auf zwei Menschen im Supermarkt, die von auswärts kamen und sich über eine schnellere Anfahrt freuten. Wir haben nach unserer ersten Demonstration entlang der geplanten Trasse auch eine Chatgruppe erstellt für interessierte Anwohner:innen. Einige haben unsere Flyer in ihren Bekanntenkreisen verteilt und für unsere Aktionen mobilisiert. Wirklich zusammen Demonstrationen zu organisieren oder die Kampagne zu entwickeln, haben wir aber leider nicht geschafft. Die Einbindung von Stimmen aus der Gegend fand hauptsächlich durch Anwohner:innen statt, die bereits in einem unserer Kollektive aktiv waren.

Ak Das Bauprojekt ist ja jetzt immer noch hängig. Gegenwärtig wird ein Gutachten zur Machbarkeit erstellt. Das ist ja typisch für so grosse Bauprojekte. Wie geht ihr mit diesem Problem der Verzögerung und Langfristigkeit in eurer Organisation um?

PD Genau, gerade ist ein Planfeststellungsverfahren im Gange und im November 2023 wurden dafür weitere Gelder bewilligt. Ein Änderungsantrag der Opposition wurde abgelehnt.

Zur Zeit sind das Bündnis und die Kampagne inaktiv. Wir warten das Planfeststellungsverfahren ab, das ursprünglich im Sommer 2024 im Stadtrat vorgestellt werden sollte. Aktuell scheint es aber aufgrund von Verzögerungen eher unwahrscheinlich zu sein, dass wir dieses Jahr schon Ergebnisse präsentiert bekommen. Scheinbar fehlt dem Baureferat das Personal und es wurde eine Neubausiedlung vergessen zu berücksichtigen.

Sobald sich aber abzeichnet, dass es Neuigkeiten geben könnte, wird es unsererseits potenziell in die nächste Runde gehen.

Vereinzelte greifen wir in anderen Aktionen des antikapitalistischen Klimatreffens das Thema auf. Einmal wurden auch Updateflyer verteilt, mit denen wir den Hasenbergler:innen zeigen wollten, dass wir sie nicht vergessen haben.

Ak Was war die Stärke eurer Kampagne? Gibt es Lehren, von denen wir für unsere Mobilisierung in Basel profitieren können?

PD Ich würde sagen, der grösste Erfolg war für uns, dass wir es geschafft haben, das Bauvorhaben als BMW-Tunnel zu branden. Wir haben auch eine sehr grosse Öffentlichkeit für dieses Thema erreicht. Der Stadtrat wollte das ganze Projekt still und heimlich durchbringen ohne mit den Menschen vor Ort zu sprechen. Da haben wir der Politik einen Strich durch die Rechnung gemacht. Das hat auch provoziert. Dieter Reiter, Münchner Oberbürgermeister von der SPD, hat die Kampagne sogar am 1. Mai verbal angegriffen, so sehr haben wir ihn verärgert.

Leider haben wir es aber bis auf eine Hand voll Leute nicht so richtig geschafft, die Anwohner:innen im Hasenberg in unsere Arbeit einzubinden. Wie man vor allem unpolitische Menschen dafür begeistern kann, sich aktiv einzubringen, Reden zu schreiben oder Demos mit zu organisieren, ist auf jeden Fall eine Frage, die sich lohnt zu stellen bei weiteren Aktionen dieser Art.

Einen ganz konkreten Tipp hätte ich noch: Als vorteilhaft für die Pressearbeit hat sich erwiesen, Anwohner:innen oder Personen, die sich dem betroffenen Ort verbunden fühlen als Pressesprecher:innen einzusetzen. Die Kampagne gewinnt an Glaubwürdigkeit, die Menschen vor Ort fühlen sich nicht bevormundet und die Presse schreibt auch gerne über lokale Personen, die sich gegen so ein Bauvorhaben aussprechen.

Ben Huber
BFS Basel

Kein Autobahn- ausbau in Basel – Projekt Rheintunnel versenken!

In der Schweiz soll der Klimakrise zum Trotz das Autobahnnetz mit mehr als 5 Milliarden Franken ausgebaut werden. Für die Lebensqualität der Menschen in den Städten und aus klimapolitischer Sicht wäre es viel sinnvoller, das Geld in die Verkehrswende zu investieren.

Wir erleben den wärmsten Frühling seit Zeitmessung. Die Temperaturen liegen 4 Grad über dem Durchschnitt. Das zeigt: Die Klimakrise kommt nicht irgendwann, sie ist schon jetzt Realität, auch in der Schweiz. Was es bräuchte, wäre eine sofortige sozial-ökologische Transformation. Nicht erst 2030, oder 2040 ... «Weniger produzieren, besser teilen, gemeinsam entscheiden» – so lautete dann auch das Motto der ökosozialistischen Konferenz für Klimagerechtigkeit, die 2020 in Basel stattfand. Eine wesentliche Forderung war die Vergesellschaftung des Verkehrs, ein massiver Ausbau des öffentlichen Verkehrs und eine radikale Reduktion des Individualverkehrs.

Unzeitgemässer Ausbau des Autobahnnetzes

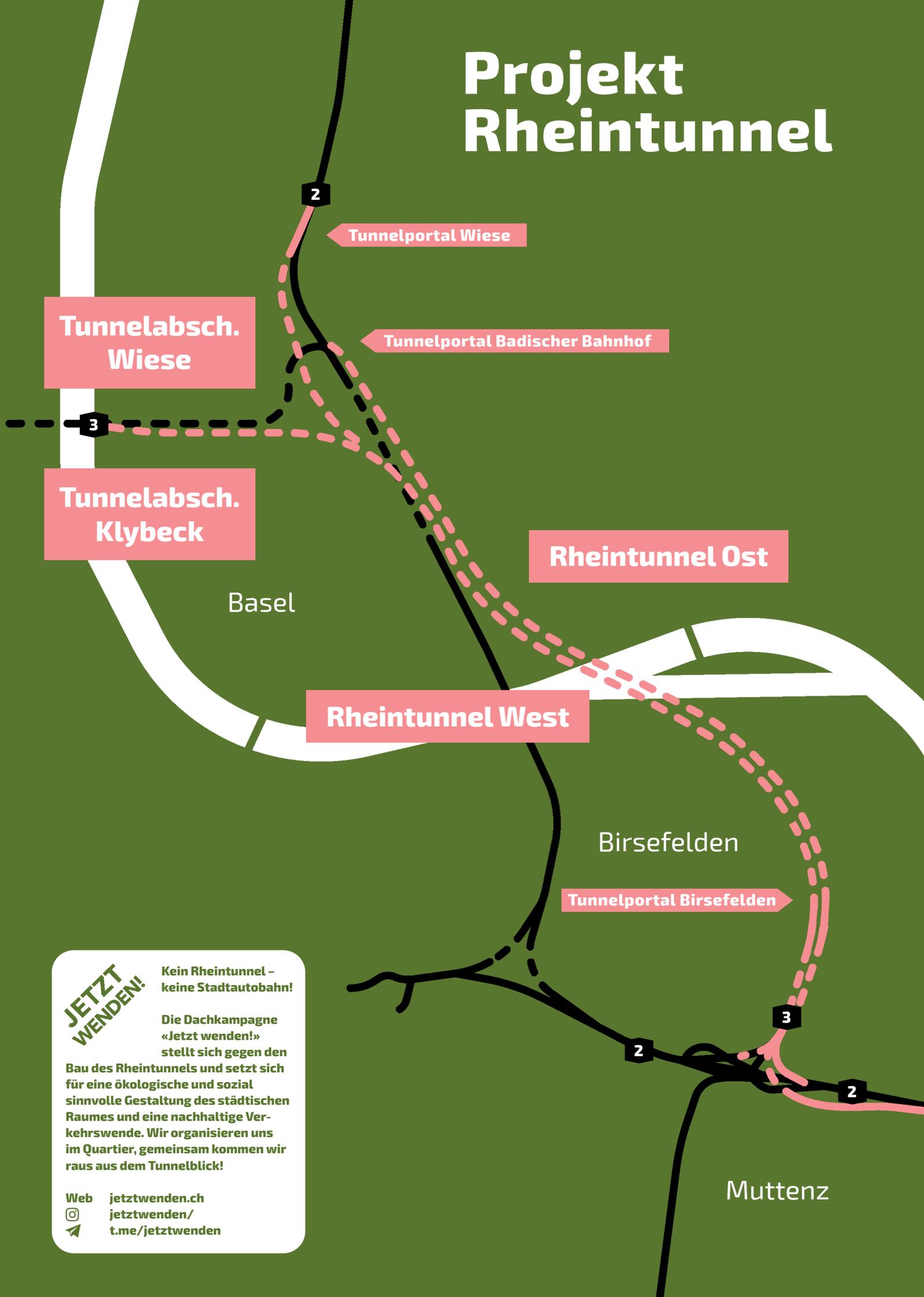
Mit dem schweizweiten Ausbau des Autobahnnetzes ist jedoch genau das Gegenteil geplant: es wird am Auto festgehalten. Mit über 5 Milliarden Franken sollen in den kommenden Jahren die Autobahnen in der Schweiz ausgebaut werden. Konkret geplant

ist der Bau des Rheintunnels in Basel, zwei Spurenausbauten in Bern, eine 3. Röhre und ein Ausbau des Autobahnanschlusses in St. Gallen, eine 2. Röhre in Schaffhausen, sowie ein Spurenausbau in der Region Genfersee. Dabei ist der Bau des sogenannten Rheintunnels mit 2.3 Milliarden Franken bei weitem das teuerste Ausbauprojekt. Finanziert werden die Projekte via Nationalstrassenfond, welcher sich zu einem Grossteil aus dem Mineralölsteuerezuschlag zusammensetzt. Weil dagegen ein Referendum lanciert wurde, wird wahrscheinlich im November die Schweizer Stimmbevölkerung über die Finanzierung des schweizweiten Ausbaus des Autobahnnetzes abstimmen können.

Ausbau Stadtautobahn in Basel

Geplant ist in Basel der Bau eines 11 Kilometer langen, unterirdischen Autobahnsystems. Ein Teil davon liegt unter dem Rhein – daher der Name Rheintunnel. Es soll sich vom Tunnelportal in Birsfelden bis zur Dreirosenmatte respektive an die deutsche

Projekt Rheintunnel



JETZT WENDEN!

Kein Rheintunnel – keine Stadtautobahn!

Die Dachkampagne «Jetzt wenden!» stellt sich gegen den

Bau des Rheintunnels und setzt sich für eine ökologische und sozial sinnvolle Gestaltung des städtischen Raumes und eine nachhaltige Verkehrswende. Wir organisieren uns im Quartier, gemeinsam kommen wir raus aus dem Tunnelblick!

Web jetztwenden.ch
Instagram [jetztwenden/](https://www.instagram.com/jetztwenden/)
Telegram t.me/jetztwenden

Grenze erstrecken (siehe Abbildung). Die Argumente der Befürworter:innen des Rheintunnels sind folgende: erstens würde eine 30-prozentige Reduktion des Strassenverkehrs in den Quartieren erreicht, zweitens reduziere sich dadurch die Lärm- und Feinstaubbelastung in den Quartieren und drittens gebe es auf den Autobahnen weniger Stau. Schöne Worte und Versprechen, alles für das Wohl der Bewohnenden in den Quartieren. Aber schauen wir uns diese Argumente einmal genauer an.

**Mehr Autobahnen gleich weniger Stau?
Fake!**

Mit dem Rheintunnel wird in der Realität einfach eine weitere Autobahnstrasse gebaut, ohne parallel dazu die oberirdische Autobahnstrecke (z. B. die Osttangente) zu reduzieren oder einzustellen. Das bedeutet faktisch eine Verdopplung der Autobahnkapazitäten. Bereits seit den 1960er Jahren ist jedoch bekannt, dass der Kapazitätsausbau von Strassen nicht zur Verringerung von Stau beiträgt.

Dieses Phänomen heisst «induzierte Nachfrage»: Die neu entstandene Infrastruktur sorgt für einen Moment für weniger Stau, das macht das Autofahren wieder attraktiver, mehr Menschen steigen wieder auf das Auto um. Damit steigt die Nutzung der neuen Strassen. Mittelfristig führt das erneut zu Aus- und Überlastung, einfach diesmal mit noch mehr Fahrzeugen auf noch mehr Strassen und somit noch mehr Abgasausstoss. «Es ist einfach unmöglich, genügend Kapazitäten auf unseren Transportwegen zu schaffen, um jeder in der Schweiz arbeitstätigen Person einen staufreien Pendelalltag zu ermöglichen», wie Pablo Rossi von der BFS Jugend Basel schon auf unserer Homepage¹ geschrieben hat. Der Versuch führt zu einem stetigen Ausbau der Automobilinfrastruktur mit fatalen Konsequenzen für die Menschen in den unmittelbar betroffenen Quartieren, für unsere Umwelt und das Klima.

**Mehr Autobahnen gleich weniger Lärm und Feinstaub?
Fake!**

Mit dem geplanten Autobahntunnel sollen Wohnviertel vom Autolärm und der Feinstaubbelastung weniger betroffen sein, so argumentieren die Befürworter:innen des Rheintunnels. Wie oben jedoch schon ausgeführt, führen mehr Autobahnkapazitäten mittelfristig auch zu mehr Autos, mehr Lärm, mehr Abgasen und damit einer höheren Feinstaubbelastung in Basel. Der Lärm und Feinstaub führen zu gravierenden gesundheitlichen Schäden. Europaweit gab es 2020 laut EU-Umweltagentur 240 000

« **Zusammenfassend müssten mit dem Bau des Autobahntunnels in Basel zahlreiche von der Allgemeinheit genutzte Grün- und Erholungsflächen dem ineffizienten, luftverpestendem und klimaschädlichen Auto weichen.**

vorzeitige Todesfälle aufgrund der Feinstaubbelastung durch den Strassenverkehr. Zudem bedeutet der Bau des unterirdischen Autobahntunnels in Basel 10 Jahre riesige Baustellen und dadurch eine massive Lärmbelastung in Quartieren. Mit der Baustelle würde auch die einzige Grünanlage im Matthäusquartier, die Dreirosenmatte, während 10 Jahren zu einer Baustelle werden. Erst danach würde sie wieder zugänglich werden – aber flächenmässig um ein Drittel verkleinert sein. Zudem müssten 150 Familiengärten in Birsfelden, Sportanlagen sowie ein Teil des biologisch wertvollen Hardwaldes der Autobahn weichen.

Ungerechte Verteilung von Nutzflächen

Zusammenfassend müssten mit dem Bau des Autobahntunnels in Basel zahlreiche von der Allgemeinheit genutzte Grün- und Erholungsflächen dem ineffizienten, luftverpestendem und klimaschädlichen Auto weichen. Dabei sind schon jetzt die städtischen Flächen mit parkenden, im Stau stehenden und fahrenden Autos verstopft: Im Durchschnitt stehen Autos in Deutschland 23 Stunden am Tag herum, sodass jeweils immer nur maximal 10% aller

1 sozialismus.ch > rheintunnel

Autos gleichzeitig in Bewegung sind. Den Rest der Zeit belegen sie als sogenannter ruhender Verkehr bis zu 19% der städtischen Verkehrsflächen.² Unser gesamte Städte sind nach Autos ausgerichtet, statt für jene, die darin wohnen und leben. Damit ist der öffentliche Raum höchst ungerecht verteilt: Zum Teil sind mehr als die Hälfte der Verkehrsflächen mit Strassen, Parkplätzen und Garagen zubetoniert.

Klimaschädlicher Individualverkehr

Mehr Autobahnen bedeutet also mehr Verkehr. Und mehr Verkehr heisst mehr Emissionen. Schon jetzt ist der Verkehr für fast ein Drittel der inländischen Emissionen verantwortlich und gleichzeitig ist dies der einzige Sektor, in dem kaum Reduktionen stattfinden.³ Dieses nicht zeitgemässe und teure Autobahnprojekt widerspricht komplett den Klimazielen der Schweiz und des Kantons Basel-Stadt, der bis 2037 klimagerecht sein will. Anstatt schrittweise den Öffentlichen Verkehr auszubauen, genehmigt das Parlament einen Ausbau der Verkehrskapazitäten des klimaschädlichen Individualverkehrs. Einmal mehr zeigt sich, dass ohne Druck von unten eher die Interessen der Bau- und Automobillobby vertreten werden.

Autofreie Städte – eine Vision

Dabei ginge es auch anders. *«Der öffentliche Raum birgt riesige Potenziale, die Lebensqualität der Stadtbewohner:innen zu verbessern. Wo Strassen nicht mehr vorrangig für Autos da sind, kann Platz für Begegnung in der Nachbarschaft entstehen. Kinder und ältere Menschen können sich sicherer durch die Viertel bewegen. Nachbar:innen können gemeinsam entscheiden, wie die Flächen vor ihren Häusern gestaltet werden, z. B. mit Bänken, Hochbeeten, Fahrradstellplätzen.»*⁴ Viele Flächen könnten ausserdem entsiegelt und begrünt werden. Vogelgezwitscher, Baumschatten, saubere Luft – all das hilft nicht nur der Umwelt und dem Klima, sondern trägt auch nachweislich zum Wohlbefinden der Bewohner:innen bei. Stellt euch einmal vor, ihr könntet entscheiden, wie ihr eure Quartiere gestalten möchtet. Mit einem kostenlosen, gut zugänglich und häufig getaktetem öffentlichen Verkehr zum Beispiel.

Autofreie Städte – Sofortmassnahmen

Für mehr soziale und ökologische Gerechtigkeit in unseren Städten gibt es eine Reihe von Ideen und Massnahmen, die jetzt umgesetzt werden könnten. In Madrid, Paris, dem belgischen Gent und anderen Städten werden klimafreundliche Mobilitätskonzepte

bereits erprobt, die die Bedürfnisse der dort lebenden Menschen ins Zentrum stellen.

Mit drei konkreten Sofortmassnahmen würden im Gegensatz zum in Basel geplanten Autobahntunnel tatsächlich auch die Quartiere von der Lärm- und Feinstaubbelastung, und gleichzeitig die Strassen vom nicht notwendigen Verkehr befreit, sodass diejenigen, die tatsächlich mit dem Auto Dinge transportieren müssen, auch staufrei durchkommen. Drei konkrete, unmittelbar umsetzbare Massnahmen für autofreie Städte wären 1. Öffentlichen Verkehr ausbauen, 2. Parkflächen reduzieren und Begegnungsräume schaffen und 3. Tempo 30 – Jetzt!

Vergesellschaftung als Ziel

Selbstverständlich braucht es auf lange Sicht weiterführende Massnahmen wie die Beendigung aller staatlichen Subventionen für die Flug- und Automobilindustrie, die Einführung von Strafsteuern auf CO₂-Emissionen und Verschmutzer:innen sowie die Vergesellschaftung der Flug- und Automobilindustrie, die einen drastischen Rück- und Umbau sowie Integration in ein bezahlbares und nachhaltiges öffentliches Verkehrssystem auf demokratische Weise ermöglicht.

Eine andere Stadt ist machbar, Frau Nachbar

So utopisch ist eine autofreie Stadt gar nicht. Das ist auch hier möglich. Denn wir können mitentscheiden, wenn wir die Mitentscheidung einfordern. Wir haben die Macht, das Quartier zu gestalten, wenn wir uns organisieren und dafür kämpfen. Dafür müssen wir jetzt aktiv werden und uns auch gegen Projekte wie den Autobahnausbau in Basel wehren. Mach mit! Wir als Bewegung für den Sozialismus arbeiten bei der neu gegründeten Kampagne «Jetzt wenden! Gratis-ÖV statt Autobahn» mit. Zusammen mit anderen Organisationen und Einzelpersonen wollen wir mit betroffenen Menschen aus den Quartieren Widerstand gegen den Autobahnausbau in Basel aufbauen und uns für autofreie Städte einsetzen.

Lisi Kaler BFS Basel

² internationales-verkehrswesen.de

³ bfs.admin.ch

⁴ Konzeptwerk Neue Ökonomie, Bausteine für Klimagerechtigkeit, 2023, Oekom

Öffentlichen Verkehr ausbauen

1

Damit sich Menschen in den Städten nicht länger gezwungen sehen, für die Wege ihres alltäglichen Lebens ein Auto zu besitzen, braucht es einen starken, barrierefreien und kostenlosen ÖV in allen Städten, mit engmaschigem Liniennetz und dichter Taktung, das auch das Umland mit den Innenstädten verbindet. Zum anderen gilt es, sichere Velowege zu schaffen und Velowegenetze insgesamt auszubauen. Für den Grosseinkauf, Umzug oder sonstige Transporte sollten alle Menschen leichten und kostengünstigen Zugriff auf über Sharing-Systeme bereitgestellte Lastenräder, Autos und Transportfahrzeuge in ihrer Nähe haben.

Parkflächen reduzieren und Begegnungsräume schaffen

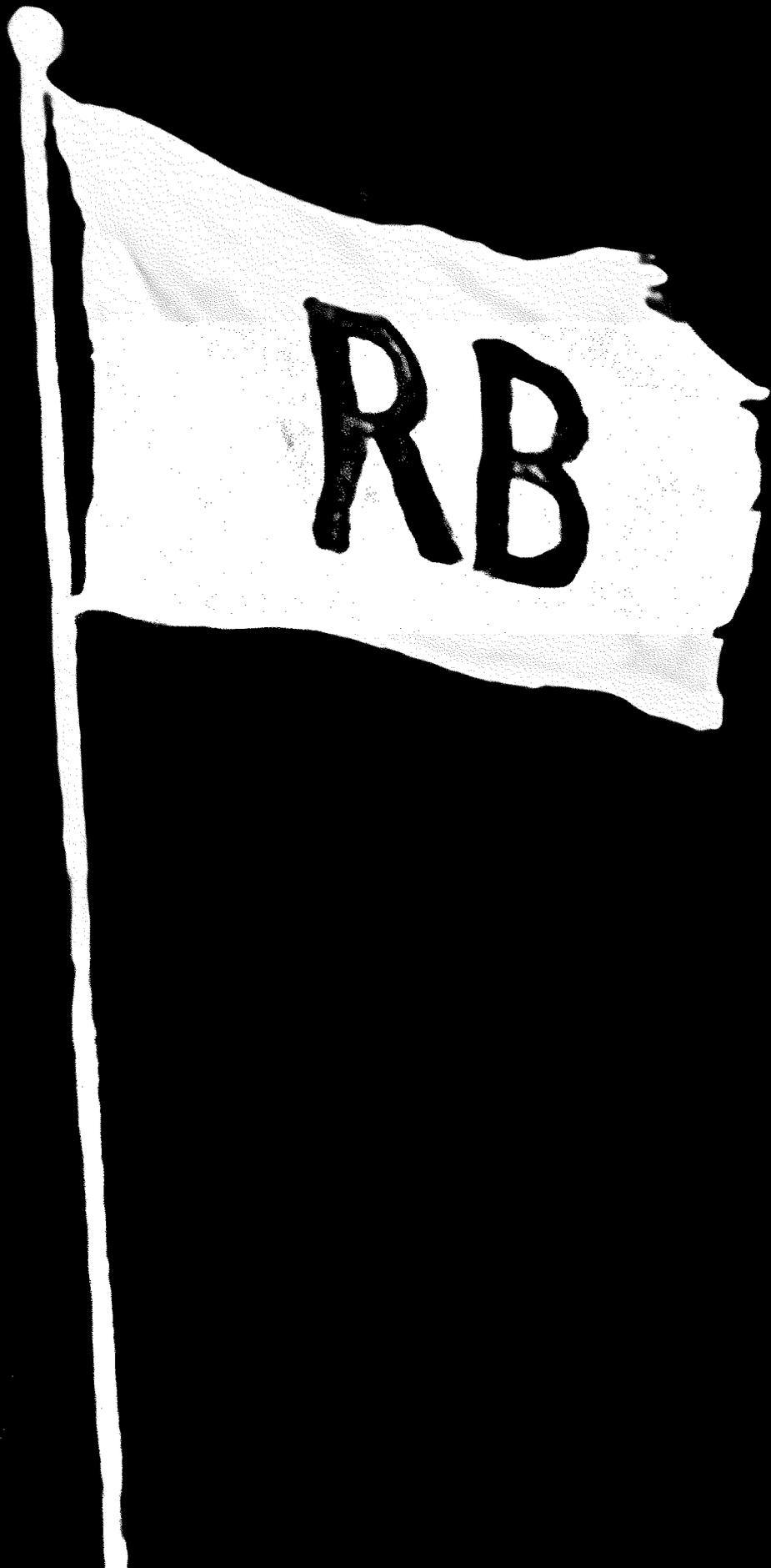
2

Öffentlicher Raum ist ein rares und kostbares Gut. Derzeit steht er vielerorts kostenfrei zur Lagerung privater Autos zur Verfügung. Wenn Strassen jedoch nur noch für die wirklich notwendigen Autofahrten genutzt werden würden, genügte vielerorts eine Fahrspur. Und wenn die verbleibenden Autos in Parkhäusern und Tiefgaragen geparkt werden, könnte es genug Platz für Fussgänger:innen, Rollstuhl- und Radfahrende und spielende Kinder geben. Hier könnte man ansetzen, indem man das Parken teurer und unattraktiver macht, oder indem man per Gesetz die Parkflächen reduziert. Dadurch würde Raum für Grünflächen, Begegnungsräume, bezahlbaren Wohnraum und Spielplätze geschaffen. Selbstverständlich brauchen wir weiterhin Parkplätze für Menschen, die auf ein Auto angewiesen sind, z. B. aufgrund einer Behinderung oder weil sie als Handwerker:in täglich Dinge transportieren müssen.

Tempo 30 – Jetzt!

3

Mit der Einführung von Tempo 30 innerhalb von Ortschaften gäbe es nicht nur nachweislich weniger schwere Unfälle und weniger Emissionen. Das Tempolimit trägt ausserdem dazu bei, dass Menschen, die an Hauptverkehrsstrassen leben, tatsächlich weniger der Lärmbelastung und damit einhergehenden gesundheitlichen Schäden ausgesetzt sind.



RB

Vom Protest gegen die Justizreform zum Widerstand gegen den Krieg

mit **Radical Bloc**
aus Tel Aviv-Jaffa

Zum Zeitpunkt des Verfassens führt der israelische Staat seit fast sechs Monaten einen Krieg gegen die Bevölkerung Gazas. Gegen das unvorstellbare Leid der palästinensischen Bevölkerung wird weltweit protestiert. Gleichzeitig wurden Proteste, vor allem in Deutschland, massiv kriminalisiert. Auch Teile der deutschsprachigen Linken verweigern den Palästinenser:innen ihre Solidarität. Die israelische Linke wird derweil selten nach ihrer Analyse gefragt. Wir haben ein Interview geführt mit dem jungen Kollektiv Radical Bloc, das sich in Tel Aviv gegen den Krieg und die Besatzung organisiert: ein Gespräch über Krieg, Terror, Zionismus und Antisemitismus. Das Interview wurde Mitte März per Email und auf Englisch geführt.

Antikap Könnt ihr euch kurz vorstellen und erklären, wie eure Gruppe entstanden ist, wie ihr euch organisiert und was eure Anliegen sind?

Radical Bloc Wir sind ein Basiskollektiv. Ursprünglich haben wir uns im Zuge der Proteste in Israel gegen die Justizreform gebildet, um kompromisslose Solidarität und Werte für die vollständige palästinensische Befreiung und regional Gleichberechtigung zu vertreten. Bei den grösseren Protesten gab es jeweils einen kleinen «Anti-Occupation»-Block, wo sich wöchentlich Menschen versammelten, die

die Besatzung als Grundursache für das «demokratische Scheitern» betrachteten. Diese Menschen waren weder unbedingt antizionistisch, noch sahen alle Gerechtigkeit oder ein befreites Palästina als Lösung. Sie waren einfach Gegner:innen der Besetzung des Westjordanlandes.

Wir waren auf der Suche nach einer Gemeinschaft, die unsere Werte und Meinungen vereint. Nämlich eine klare, kompromisslose Haltung gegen Israel und den Zionismus als siedlerkoloniales Projekt sowie für die gerechte Befreiung des palästinensischen Volkes. Wir sind überwiegend jüdische Menschen, aber weder explizit noch ausschliesslich.

Viele unserer Mitglieder sind im Westjordanland und in den sozialen palästinensischen Kämpfen innerhalb der Grenzen von 1948 aktiv und arbeiten für Menschenrechts- und Bildungsorganisationen wie Zochrot oder *This Is Not An Ulpan*.

Wir sind ein eher junges Kollektiv und haben noch keine definierte strategische Leitlinie, da wir ständig unseren Platz in unserer faschistischen Gesellschaft finden müssen. Unsere Auswahl an Partnern ist sehr begrenzt, da viele «Friedens»-Organisationen das Grundproblem nicht (an)erkennen: den Zionismus. Viele vermeiden es, sich in den Diskurs darum einzubringen, was Frieden wirklich bedeutet, und über Gerechtigkeit oder das Recht auf Rückkehr zu sprechen. Diese sogenannten «Friedens»-Gruppen erkennen die rassistische Idee der ethnifizierten Herrschaft nicht an, die im Kern des jüdischen Staates und des Zionismus steht. Bislang arbeiten wir mit Free Jerusalem, Mesarvot, New Profile, Academia for Equality, ATL und anderen zusammen.



Wir müssen uns noch entscheiden, was unsere dringenden Forderungen sind. Aber grundsätzlich stehen wir für ein freies Palästina und eine gerechte Befreiung ein, was bedeutet, dass palästinensische Vertreter:innen die Befreiungsrevolution anführen und über deren Bedingungen entscheiden sollen. Wir glauben an einen alle umfassenden demokratischen Staat, das Recht auf Rückkehr für alle palästinensischen Geflüchteten und die Rückgabe palästinensischen Landes an die rechtmässigen Eigentümer:innen. Nicht zuletzt fordern wir die Anerkennung der Nakba. Es braucht Massnahmen und Entschädigungen, um die ökonomische und kulturelle Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft durch den israelischen Staat zurückzusetzen.

Da wir ein sehr kleines Kollektiv sind, sind unsere Handlungsmöglichkeiten sehr begrenzt. Als Gruppe planen wir unsere eigenen Proteste, Mahnwachen und Aktionen und schliessen uns auf Einladung anderer Gruppen an, um mit ihnen zu protestieren. Wir haben auch damit begonnen, Bildungsworkshops für die Öffentlichkeit durchzuführen. Unser Ziel ist es, uns dem System der ethnischen Herrschaft und ethnisch begründeten Unterdrückung zu

widersetzen, indem wir als Israelis unsere Unterstützung für den palästinensischen Befreiungskampf zum Ausdruck bringen. Wir wollen dazu beitragen, diesen Kampf zu einem weltweiten Konsens zu machen und Israelis mit der Idee der Gleichheit und Gerechtigkeit für alle Menschen vertraut zu machen.

Ak **Ihr habt euch ja als Gruppe gegen die Justizreform gefunden. Was hat sich für euch nach dem 7. Oktober 2023 geändert und wie reagiert die Öffentlichkeit auf eure Proteste? Habt ihr Überschneidungen mit der Bewegung zur Freilassung der Geiseln?**

RB Nach dem 7. Oktober wurden wir viel stärker und besser organisiert. Wir fingen an, eigene Aktionen zu organisieren, anstatt uns grösseren Gruppen anzuschliessen, wo wir Kompromisse hinsichtlich unserer Botschaften eingehen mussten. Wir haben eigene Profile in den sozialen Medien eröffnet und konnten so unsere Stimme weiter verbreiten. Wir waren so viel mehr Gewalt, Doxxing¹ und Polizeibrutalität ausgesetzt. Doch wir wissen, dass dies alles Anzeichen dafür sind, dass wir die Wahrheit sagen und Ideen vertreten, die sie beseitigen wollen.

Aus der breiten Öffentlichkeit erfahren wir Hass für unsere Proteste. Wir werden in der Regel als Veräter:innen und Terrorunterstützer:innen angesehen. Es ist wichtig festzuhalten, dass wir in Tel Aviv protestieren, dem eigentlich «liberalsten» und «tolerantesten» Ort für unsere Proteste (in der jüdischen Gemeinschaft). An anderen Orten würde unserem Protest noch extremere Gewalt entgegenschlagen. Unsere Genoss:innen in Jerusalem erleben zum Beispiel eine grössere Brutalität sowohl seitens der Öffentlichkeit als auch der Polizei.

Was den Genozid in Gaza anbelangt – wir wünschten, wir könnten noch viel mehr tun. Wir versuchen, uns nicht davon entmutigen zu lassen, wie wenig Macht wir als so kleines Kollektiv haben. Wir tun unser Möglichstes. Aber es ist auch klar, dass direktere Aktionen, wie an die Grenze zu Gaza zu gehen, nur zu extremer Gewalt gegen uns führen würde, was unseren kollektiven Aktionen ein Ende bereiten würde.

Als Kollektiv haben wir nichts mit der Bewegung der Familien der Geiseln zu tun, aber einige unserer Aktivist:innen beteiligen sich individuell an deren Protesten. Einzeln und als Kollektiv fordern wir die Freilassung aller Gefangenen – der Tausenden Palästinenser:innen, die vor dem 7. Oktober von den israelischen Besatzungstruppen entführt und festgehalten wurden, der 134 Israelis, die am 7. Oktober entführt wurden und immer noch von der Hamas festgehalten werden, und der Tausenden weiteren Palästinenser:innen, die seit dem 7. Oktober entführt wurden.

Ak Wie analysiert ihr denn den Krieg, den Israel gegenwärtig gegen die palästinensische Bevölkerung führt? Und wie bewertet ihr den bewaffneten Kampf der Palästinenser:innen?

RB Die Analyse des aktuellen Feldzugs, der zweifellos der brutalste in der Geschichte des israelischen Staates ist, würden wir lieber Expert:innen überlassen. Allerdings lehnen wir die genozidale Absicht der israelischen Führung, Medien, Soldat:innen und Gesellschaft ab, die sich sowohl in Worten als auch in Taten ausdrückt und darauf abzielt, die palästinensische Gesellschaft und Präsenz in Gaza auszulöschen. Wir sind nicht nur gegen die Angriffe auf Zivilist:innen und zivile Infrastruktur, um Druck auf die palästinensische Führung auszuüben – was der eigentlichen Definition von Terrorismus entspricht. Wir lehnen Gewalt als Mittel zur Förderung kolonialer Herrschaft und Macht grundsätzlich ab.

Um uns herum erfahren wir einen unglaublichen Blutdurst und eine Entmenschlichung, wie wir sie noch nie zuvor gesehen haben. Natürlich wissen wir, dass sie schon seit langer Zeit existiert und nur darauf gewartet hat, auszubrechen. Die apathischen, grausamen Ideen und Perspektiven, die in der israelischen Gesellschaft während dieses Völkermords erkennbar sind, sind nicht neu. Sie existierten schon immer und leiten sich direkt aus dem Wesen des Zionismus ab.

Zum bewaffneten palästinensischen Widerstand vertreten wir keine kollektive Meinung. Aufgrund des gesellschaftlichen und politischen Klimas ist es uns auch individuell nicht möglich, eine Meinung zu diesem Thema zu äussern.

Allerdings kennen und anerkennen wir die Resolution der UNO-Generalversammlung vom November 1983. Die Resolution bekräftigt «die Legitimität des Kampfes der Völker für ihre Unabhängigkeit, territoriale Integrität, nationale Einheit und Befreiung von Kolonialherrschaft, Apartheid und ausländischer Besatzung mit allen verfügbaren Mitteln, einschliesslich dem bewaffnetem Kampf».²

Ak Wir würden gerne noch mehr auf die politischen Verhältnisse in Israel eingehen. Könnt ihr uns erklären, wie der globale wiedererstarrende Antisemitismus in der israelischen Gesellschaft diskutiert wird?

RB In Israel selbst wird der globale Antisemitismus auf zwei Arten diskutiert: Einerseits wird Antisemitismus mehr oder weniger mit Antizionismus gleichgesetzt. So werden alle antizionistischen Ideen, Handlungen und Kommentare als antisemitisch verstanden. Indem antiisraelisch mit antisemitisch gleichgesetzt wird, wird die Debatte komplett

verschoben; die Bedeutung und die Werte des Antisemitismusbegriffs werden verändert und herabgesetzt.

Andererseits wird Antisemitismus in Bezug zur Rechtfertigung des siedlerkolonialen Projekts Israels diskutiert. Antisemitismus wird nicht in den Kontext gesetzt zum globalen Aufstieg des Faschismus, der insbesondere muslimische und arabische Menschen sowie People of Color verfolgt. Die Diskussionen sind nicht vergleichbar mit dem breiteren Diskurs um die Gefahren von Rassismus insgesamt, der in linken sozialen Bewegungen weltweit geführt wird. Die Art, wie hier über Antisemitismus diskutiert wird, dient der Legitimation israelischer Kriegsverbrechen – immer und immer wieder.

Jüdinnen und Juden auf der ganzen Welt haben seit Jahrzehnten darauf hingewiesen, dass Israels Handlungen Antisemitismus befeuern. Aber weil diese Position dem zionistischen Narrativ nicht entspricht, wird sie aus der Diskussion gänzlich ausgeschlossen.

Antisemitismus ist allerdings kein alltägliches Gesprächsthema in Israel, sondern wird fast ausschliesslich dann zum Thema, wenn es darum geht, die Existenz Israels und seine Kriegsverbrechen zu rechtfertigen. Es scheint, als ob Israel sich nicht nur keine Sorgen über echten Antisemitismus macht, sondern sogar davon profitiert.

« **Praktisch glauben wir an einen einzigen demokratischen Staat, der alle Bürger:innen umfasst, das Recht auf Rückkehr für alle palästinensischen Flüchtlinge, die Rückgabe palästinensischen Landes an die rechtmässigen Eigentümer:innen und die Anerkennung der Nakba.**

1 Doxxing nennt man das Veröffentlichende privater Daten im Internet, um Betroffene mundtot zu machen.

2 UNO Resolution A/RES/38/17 vom 22.11.1983

Im aktuellen Genozid wird der Vorwurf des Antisemitismus als Instrument genutzt, um jegliche Kritik an Israel abzuwehren. Die israelische Öffentlichkeit hat zu glauben gelernt, dass selbst ein Aufruf zu einem Waffenstillstand antisemitisch sei. Das ist keine Übertreibung – mehrfach haben israelische Medien, Politiker:innen und öffentliche Persönlichkeiten die Forderung nach einem Waffenstillstand als «antisemitisch» bezeichnet, selbst wenn sie von jüdischen Israelis geäußert wurde. Die israelische Öffentlichkeit wird somit gegen jegliches kritisches Denken in Bezug auf die Handlungen Israels immunisiert. Jeder Kommentar, jede Behauptung wird sofort als antisemitisch eingestuft, anstatt sich damit auseinanderzusetzen und die Handlungen Israels zu hinterfragen. Die Öffentlichkeit wird konditioniert zu glauben, dass jede Kritik «antisemitisch» und damit ein Versuch sei, Israel zu «diffamieren».

Ak Prognosen sind immer schwierig. Dennoch: Was denkt ihr kommt nach dem Ende des Krieges und was geschieht mit Benjamin Netanjahu?

RB Wir wissen weder, wann das endet, noch wie «das Ende» aussehen wird. Wir erleben ein Allzeithoch des Nationalismus und gehen davon aus, dass er sich noch verstärken wird, bis externe Kräfte beginnen, starken Druck auf den Staat Israel auszuüben.

Über Netanjahu wird viel geredet. Wir glauben nicht, dass er das Problem ist – er ist ein Nebeneffekt der israelischen Gesellschaft. Alle anderen in Frage kommenden, alternativen politischen Führer hätten genauso gehandelt. Vielleicht nicht im selben Ausmass, aber wir glauben, sie hätten den gleichen Weg eingeschlagen. In Israel gibt es keine demokratische Alternative. Wer auch immer nach Netanjahu kommt, wird nicht bereit sein, die israelische Gesellschaft zu verbessern, konkrete Massnahmen zur «Friedensstiftung» zu ergreifen oder mehr Sicherheit für das Land zu schaffen. Wir möchten daran erinnern, dass die sogenannte «Change»-Koalition, die vor Netanjahus Rückkehr an der Macht war, als gemässigter galt. Und dennoch war das tödlichste Jahr für die Palästinenser:innen im Westjordanland seit 2005 während ihrer Regierungszeit – vor dem aktuellen Genozid und den aktuellen Anschlügen. Das System ist in seiner Struktur undemokratisch und eine Fortsetzung von Unterdrückung und Zerstörung ist ihm inhärent.

Ak Gibt es noch linke Hoffnungen in der israelischen Gesellschaft?

RB Es gab nie eine «israelische Linke» mit erheblicher gesellschaftlicher Relevanz, die sich für die Gleichberechtigung aller Bewohner:innen des Landes einsetzte – was eigentlich ein Minimalstandard

für Demokrat:innen sein sollte, auch wenn sie nicht unbedingt links sind. Die sogenannte «israelische Linke» war jedoch für die ethnische Säuberung von 1948 und die Beseitigung der palästinensischen Bevölkerung von 78% der Fläche Palästinas verantwortlich. Es gibt einige, die sich zwar selbst als «Linke» bezeichnen, aber bloss innersystemische Veränderungen anstreben. Sie stellen sich nicht den realen Umständen, die eine Zerschlagung des Systems insgesamt erfordern würde. Zu den wirklichen (anti-zionistischen) Linken zählen in Israel ein paar wenige, verstreute Tausende.

Ak Zum Schluss: Was wäre eure Botschaft an die west-europäische Linke?

Unsere Botschaft lautet: Es gibt keine Erlösung von innen heraus. Israel und der Zionismus sind eine Einbahnstrasse, die uns, wie wir sehen, nur in die völlige Zerstörung führen kann und wird. Israel und die israelische Gesellschaft sind auf Rassismus, Nationalismus, Unterdrückung und Militarismus aufgebaut – das sind ihre Bausteine. Solange kein Druck auf Israel und die israelische Gesellschaft ausgeübt wird, werden diejenigen, die in diesem System aufgewachsen sind und davon profitieren, immer daran arbeiten, es aufrechtzuerhalten. Dies stellt angesichts des neuen technologischen Monopols Israels und seiner unerbittlichen, reichen Lobbys in den USA und anderen westlichen Ländern eine grössere Herausforderung dar als je zuvor.

Wir bitten euch, starke, solide und langfristige Boykottbewegungen aufzubauen, die sich für die Zerschlagung der zionistischen Kräfte in euren Ländern einsetzen. Wir bitten euch, in euren Gesellschaften zu mobilisieren, Strategien zu entwickeln und diese konsequent umzusetzen, um die Herrschenden unter Druck zu setzen, ihre Politik gegenüber Israel zu ändern, mit der Absicht, es schliesslich vollständig zu sanktionieren. Wir bitten euch, euren Aktivismus auch dann fortzusetzen, wenn der Waffenstillstand gilt. Denn es wird passieren und Palästina wird nicht mehr unbedingt in den Schlagzeilen sein, aber es wird immer noch nicht frei sein und die Palästinenser:innen werden weiterhin leiden.

**Ben Huber
Claus Carla
BFS Basel**

**Max Arendt
BFS Zürich**

Feministische Friedenspolitik ist umfassende Friedenspolitik

Die 1980er Jahre waren geprägt von atomarer und anderweitiger Aufrüstung, militärischen Konflikten, Bürgerkriegen und Militarisierung. Die NATO stationierte Raketen in Westdeutschland und Grossbritannien. Die Sowjetunion marschierte 1979 in Afghanistan ein. Ebenfalls fallen der erste und zweite Golfkrieg sowie die erste Intifada in Palästina in dieses Jahrzehnt. In Sri Lanka brach 1983 der Bürgerkrieg aus und in der Türkei folgten nach dem ersten Schuss durch die PKK 1984 massive Repression und bürgerkriegsähnliche Zustände. Aktuell nehmen Drohgebärden, Aufrüstung und Kriege – respektive ihre Spürbarkeit in und die unmittelbare Involviertheit von europäischen Staaten – erneut zu. Vieles der heutigen Situation lässt an die 80er erinnern, nicht nur die Schauplätze kriegerischer Auseinandersetzungen. Gleichzeitig weist auch die Stärke der Frauen-, respektive der feministischen Bewegung Parallelen auf.¹ Denn ein Teil der Neuen Frauenbewegung der 70er und 80er Jahre intervenierte mit feministischen Positionen in die Friedensbewegung und baute diese mit auf. Der Blick in die Geschichte dieser FrauenFriedensBewegung und die Erinnerung an feministische Grundsätze und Praktiken ist nützlich, um sich in der gegenwärtigen beängstigenden Situation zurecht zu finden.

1 Kurze Erläuterung zu der Verwendung von Begriffen und Doppelpunkt: Stehende Begriffe, wie jener der (neuen) Frauenbewegung werden ohne Stern verwendet und nicht gegendert. Sie beschreiben eine historische Situation. Wenn von Inhalten geschrieben wird, die sich heute als feministisch einordnen lassen, wird der Begriff «feministisch» verwendet, auch wenn die Aktivist:innen der 80er den Begriff «feministisch» anders verwendeten. Bei Personengruppen, für die in den Quellen keine Hinweise auf die Geschlechter zu finden ist, wird mit Doppelpunkt gegendert, da aus heutiger Sicht nicht klar gesagt werden kann, wer sich in den 80er wie identifizierte und so alle Geschlechter abgebildet werden. Bei Gruppen, die in den Quellen als reine Frauengruppen beschrieben werden, wird dies übernommen.

Am 12. Dezember 1979 fällte die NATO einen Doppelbeschluss: Sie kündigte die Aufstellung von 198 neuen, mit Atomsprenghköpfen bestückten, Mittelstreckenraketen an und verlangte gleichzeitig Verhandlungen der beiden Supermächte über die Begrenzung ihrer jeweiligen atomaren Raketen. Kurz darauf, am 25. Dezember, marschierten die ersten sowjetischen Truppen in Afghanistan ein. Im Zuge dieser zwei Ereignisse verschärfte sich der Kalte Krieg erneut, was wiederum zu einem Erstarren der Friedensbewegung in Europa und den USA zu Beginn der 80er Jahre führte. Aufgrund dieser Zuspitzung, während international aufgerüstet und weltweit (Stellvertreter-) Kriege und militärische Konflikte ausgetragen wurden, gingen in den Zentren des West-Blocks zehntausende Menschen auf die Strassen, besetzten Waffenplätze, führten öffentlichkeitswirksame bis klandestine Aktionen durch, schrieben, schritten, schwiegen für «den Frieden».

Diese Bewegung lässt sich in der Tradition der Friedensbewegung der 1950er und 1968 sehen. Es gab sowohl personelle und ideelle Anknüpfungspunkte, als auch Aktionsformen, die wieder aufgenommen wurden. So wurden zu Beginn der 80er Jahre wieder jährlich Ostermärsche für den Frieden organisiert, die als Protestform in den 50er Jahren grosse Wichtigkeit erlangt hatten. Während die Bewegung in den 60ern vom Vietnamkrieg und den Dekolonialisierungsbewegungen geprägt war, wurden in den 70er Jahren vermehrt ökologische Anliegen in den Fokus gerückt. In den frühen 80ern wurden dann – ausgelöst durch die Verschärfung des Kalten Krieges und die Aufrüstung – Abrüstung und Atomkraft virulent.

Schweizer Friedensbewegung in den 80er Jahren

Auch in der Schweiz bildeten sich neue Gruppen, wurden Aktionen, Protestmärsche und Demos organisiert. Am 5. Dezember 1981 riefen 42 Organisationen zu einer landesweiten Friedensdemonstration auf. Dem Aufruf folgten 30–40000 Menschen. Es war eine der grössten Demos der Nachkriegszeit in der Schweiz. Wie schon in den 50er Jahren wurden die Aktivist:innen der Friedensbewegung – im Zeichen der geistigen Landesverteidigung – als kommunistische Verräter:innen hingestellt. Aufrüstung schien nach bürgerlichem Konsens Friedenspolitik zu sein und natürlich brachte die Aufrüstung ganz nach kapitalistischer Krisenbewältigung auch die kriselnde Weltwirtschaft wieder auf Trab. Wer für Abrüstung einstand, wurde demnach schnell als fünfte Kolonne des Kommunismus diffamiert. Dies mussten sich beispielsweise Monika Stocker, Mitglied von «Frauen für den Frieden» und später Nationalrätin der

Grünen Partei und die Gewerkschafterin Verena Bürcher in der SRF Talksendung «Tatsachen und Meinungen» im November 1983 über eine Stunde lang unentwegt anhören.

Doch an dieser Talksendung ist noch etwas anderes interessant: Zwei Frauen stritten auf der Seite der Friedensbewegung gegen zwei Männer, die als «Kritiker Friedensbewegung» vorgestellt wurden – was auch immer das bedeuten soll.

Das Geschlechterverhältnis ist Ausdruck der feministischen Interventionen in die Friedensbewegung der 80er Jahre. Die Frauenbewegung² erlebte seit 1968 eine sogenannte Zweite Welle. Als Folge der Auseinandersetzung mit alltäglichen Unterdrückungs- und Ausbeutungsformen und des Politisierens der Privatsphäre, fingen die Aktivist:innen der Neuen Frauenbewegung an, sich mit Geschlechterrollen und der Verschränkung von Patriarchat und Kapitalismus zu befassen. Viele kamen zum Schluss, dass nicht die Integration innerhalb des von Männern dominierten Systems, sondern deren Kritik und Abschaffung das Ziel feministischer Politik sein muss. Ausgehend von der Analyse, dass die Heteronormativität und die Kleinfamilie mit ihrem Ein-Verdiener-Modell dank der unbezahlt verrichteten Reproduktionsarbeit nützlich für das Kapital war sowie Frauenunterdrückung und -ausbeutung zementierte, wehrten sich die Feminist:innen der Zweiten Welle gegen

geschlechtliche Rollenzuschreibungen und erkannten die privaten, alltäglichen Kämpfe und Unterdrückungserfahrungen als politisch an. So politisierten sie Sexualität, Reproduktion, Hausarbeit, Geschlechterklischees und Partner:innenschaften. Mit ebendiesem Hintergrund intervenierten sie auch in die Friedensbewegung.

Die Wahrnehmung und Verhandlung von Krieg und Frieden war damals und bleibt bis heute stark vergeschlechtlicht. Krieg ist Männersphäre, Frauen sind friedfertig – so das gängige Dogma. Frauen und Kindern wird eine Opferrolle zugeschrieben und geschlechtsspezifische Gewalt bis hin zu Vergewaltigungen sind eine regelmässig eingesetzte Kriegswaffe. Friedensarbeit hingegen wird weiblich konnotiert. Gegen diese Vergeschlechtlichung wehrten sich die Feminist:innen der Zeit, wollten aber dennoch – ebenfalls aus feministischer Überzeugung heraus – der Friedensbewegung nicht fernbleiben. Sie fanden sich häufig im Dilemma wieder, sich mit feministischen Standpunkten für Frieden einsetzen zu wollen, ohne dabei auf ihr Geschlecht reduziert zu werden. Deshalb begannen Frauengruppen und feministischen Kollektive mit geschlechtsspezifischen Anliegen in die Friedensbewegung zu intervenieren und auch ihre eigenen Räume und Aktionsformen zu kreieren.

Frieden ist nicht gleich Frieden

Gewalt an Frauen war neben Abtreibungs- und Reproduktionsrechten, Hausarbeit, geschlechtliche Arbeitsteilung und Sexualität eines der Hauptthemen der Neuen Frauenbewegung. Auch in Zeiten, in denen Waffen schweigen, waren und sind Frauen im Alltag massiver Gewalt ausgesetzt. Militärischer Frieden bedeutet also noch längst nicht, dass Frauen keiner Gewalt ausgesetzt sind. Die erfahrene geschlechtsspezifische Gewalt wurde als Teil des Patriarchats und einer männlichen, aggressiven, hierarchischen Kultur analysiert. Das Militär wurde als stützender und manifestierender Teil dieser Kultur verstanden, weshalb dessen komplette Abschaffung eine feministische Grundhaltung war.



Während einige Gruppen und Stimmen sich unter dem Motto «Gleiche Rechte, Gleiche Pflichten» für einen Einbezug von Frauen in den Militärdienst einsetzten, wehrten sich andere Teile der Frauenbewegung vehement gegen diese falsche Gleichberechtigung. Zu diesem Teil gehörte beispielsweise die Organisation für die Sache der Frau (OFRA), die aus der Progressiven Organisation der Schweiz (POCH) heraus entstanden ist. Ebenso die Vertreter:innen der Frauenstelle des christlichen Friedensdienstes (cdf). Sie liessen sich dabei nicht auf die Diskussionsgrundlage gleicher Rechte und Pflichten ein. Sie argumentierten also nicht, dass die Gleichberechtigung in der Schweiz erst im Jahr 1981 überhaupt gesetzlich verankert und faktisch noch nicht erreicht war. Diese Argumentation hätte nämlich an den Grundsätzen der Eingliederung in eine patriarchale, kapitalistische Gesellschaftsvorstellung nichts geändert. Im Gegenteil: Aus emanzipatorischer Überzeugung heraus wehrten sich die Aktivist:innen sowohl gegen eine weiblich konnotierte Opferrolle als auch gegen eine Anpassung an patriarchale, kapitalistische Ideale; sowohl gegen das Bild «friedfertiger Frauen», als auch gegen die Eingliederung in gewaltvolle, sexistische Institutionen, wovon das Militär eine ist. Slogans wie «Wir wollen nicht zu Tode verurteilt werden» und «Wir passen unter keinen Helm» waren Ausdruck dieser Haltung.

« Sie verbanden Sozialabbau, Aufrüstung, Emanzipation und Ökologie mit Friedenspolitik und machten klar, dass die gängige Definition von Frieden kein friedliches Leben für Frauen darstellt.

In den Überlegungen der feministischen Friedensbewegung waren Geschlechterrollen sozial konstruiert und aufgrund ihrer Institutionalisierung durch Familienmodelle (Ernährer-Hausfrau), Sphären (öffentlich-privat) und gesellschaftliche Aufgaben (Militär-Friedenspolitik) stützten sie den patriarchalen Kapitalismus. Diese Analyse erlaubte es den Aktivist:innen weitere Themen logisch zu einem gemeinsamen Kampf zu verbinden. In einem Aufruf zu «umfassender Friedenspolitik» hiess es beispielsweise: «weil eine militaristische (und daher sexistische) Gesellschaft soziale Prozesse lähmt (so auch die Frauenbewegung) und Mittel in Milliardenhöhe bindet, die zur Lösung ökologischer Probleme und zur Durchsetzung von Frauenanliegen fehlen (echter Mutterschaftsschutz, Tagesschulen, Frauenkultur, Frauenzentren, Frauenhäuser und vieles andere mehr).» Sie verbanden Sozialabbau, Aufrüstung, Emanzipation und Ökologie mit Friedenspolitik und machten klar, dass die gängige Definition von Frieden kein friedliches Leben für Frauen darstellt.

Frieden als umfassende Emanzipation

Frieden wurde so aus feministischer Sicht zu einer sozialpolitischen Utopie, die nicht mit Auf- oder Abrüstung, sondern nur mit einem Systemwandel herbeizuführen war. Diese umfassende Herangehensweise an Frieden spiegelte sich auch in den Aktionen der FrauenFriedensBewegung. In internationalen Protestcamps³ besetzten sie Militärgelände und erprobten ihre Utopien im gesellschaftlichen Zusammenleben. In Grossbritannien besetzten Frauen 1982 den Militärstützpunkt Greenham Common, wo die NATO-Atomraketen stationieren wollte. Das Camp hatte bis ins Jahr 2000 Bestand und war Bezugs- und Treffpunkt für unzählige Feminist:innen aus der ganzen Welt. In Westdeutschland entstand das Frauenwiderstandscamp Hunnsrück⁴. Hier wurde am Stationierungsort der im NATO-Doppelbeschluss geplanten atomaren Cruise Missiles ein Zeltendorf aufgeschlagen, das ein Jahrzehnt lang jährlich zwischen vier und acht Wochen Bestand hatte. Im Zeltendorf setzten sich die Beteiligten mit Sexismus und Gewalt auseinander und organisierten sowohl Aktionen und Aufklärung gegen aussen, als auch Selbstreflexion und Aufarbeitung gegen innen.



Bilder aus dem FraueFrieden-Camp Greenham Common

« Diese bessere und erstrebenswerte Zukunft immer wieder in den Fokus zu rücken, ist eine Achse politischen Handelns, die gerade in Kämpfen gegen lebensfeindliche und zerstörerische Entwicklungen nicht vergessen gehen darf.

Auch in der Schweiz wurde diese Protestform mehr als einmal angewandt. Im August 1982⁵ beispielsweise schlugen Frauen direkt neben dem Waffenplatz in Frauenfeld ihre Zelte auf. Anlass war nicht etwa eine Raketenstationierung, sondern die Wehrschau F82 des Schweizer Militärs. Es wurden Flyeraktionen, Strassentheater, öffentliche Veranstaltungen und Ausstellungen organisiert und mit einem Menschenteppich versuchten die Anwesenden die Besucher:innen der Wehrschau am Zutritt zu hindern.



Diese Camps wurden, über die konkreten Anlässe und das Thema Militär hinaus, zu einem Übungsfeld eines friedlichen und emanzipatorischen Zusammenlebens. Sie wurden zu kleinen konkreten Utopien, welche von Machtstrukturen und Gewalt natürlich nicht gefeit waren, die jedoch das Erproben eines anderen Umgangs miteinander ermöglichten.

Die Geschichte zeigt uns, dass es gerade feministischen emanzipatorischen Kräften immer wieder gelang, das bessere Leben für alle vorstellbar zu machen und

somit eine Zukunft zu perspektivieren, die es sich zu erkämpfen lohnt. Diese bessere und erstrebenswerte Zukunft immer wieder in den Fokus zu rücken, ist eine Achse politischen Handelns, die gerade in Kämpfen gegen lebensfeindliche und zerstörerische Entwicklungen nicht vergessen gehen darf.

Sarah Friedli
BFS Zürich

2 hls-dhs-dss.ch

3 zeitschrift-luxemburg.de

4 digitales-deutsches-frauenarchiv.de

5 srf.ch/play

Was tun mit den Pensionskassen?

Das Schweizer Pensionskassensystem ist unsozial und unökologisch. Wie könnte ein radikaler Umbau aussehen?

Als vor etwas mehr als 50 Jahren das heutige 3-Säulen-Rentenmodell eingeführt wurde, entstand die Grundlage für ein lukratives Geschäftsmodell für die Finanzindustrie. Denn neben der AHV, die mit dem sogenannten Umlageverfahren funktioniert, basiert die 2. Säule – auch berufliche Vorsorge genannt – auf dem Kapitaldeckungsverfahren.

Die Idee ist folgende: Alle Lohnarbeitenden, die mehr als 22 000 CHF jährlich verdienen, zahlen in eine Pensionskasse ein. Diese verwaltet das Geld, legt es an, erwirtschaftet damit Profit und zahlt einen Anteil des Vermögens nach Erreichen des Rentenalters ihren Versicherten zurück. Alle «sparen für sich selbst» – das Gegenteil also von einem solidarischen Umlageverfahren, wie es bei der AHV der Fall ist. Denn wer mehr verdient, kann auch mehr Rente beziehen. Das ist vor allem für Frauen und Geringverdienende ein Problem.

Beim Umlageverfahren hingegen zahlen vereinfacht gesagt alle Erwerbstätigen in einen Topf ein, aus dem dann die Renten der nicht mehr Erwerbstätigen bezogen werden. Wer mehr verdient, zahlt mehr ein. Gleichzeitig ist der Bezug gedeckelt, sodass dadurch eine solidarische Umverteilung stattfindet.

Geld für die fossile Industrie

Unsolidarisch ist dieses System auch aus weiteren Gründen: Denn die Pensionskassen verwalten nicht einfach das Geld für ihre Versicherten. Sie erwirtschaften damit auch Profite für sich selbst – auf Kosten von Arbeiter:innen und der Natur.

Aktuell verwalten die Schweizer Pensionskassen rund 1 400 Milliarden CHF. Davon wurden laut einer Studie der Klima-Allianz rund 64% in CO₂-intensive Unternehmen investiert. Diese Schätzung ist eher konservativ, denn es ist schwierig, präzise herauszufinden, wie viel Geld in welche Unternehmen

gesteckt wird. Systematische Intransparenz ist nämlich ein weiteres Problem. Eine öffentliche Diskussion wird dadurch verunmöglicht – ganz zu schweigen von einer demokratischen Kontrolle. Doch steht fest, dass die Schweizer Pensionskassen mit der Zukunft unseres Planeten zocken. Statt wirklich vorzusorgen, setzen sie unsere Zukunft und vor allem jene der Menschen aus dem Globalen Süden aufs Spiel.

Auch ein weiterer Investitionsbereich von Pensionskassen hat ungerechte und klimaschädliche Auswirkungen: 2022 investierten die Schweizer Pensionskassen 27% ihres Vermögens in Immobilien. Der renditengetriebene Neubau von Immobilien hat spürbare Auswirkungen auf die Mietpreisentwicklung und die städtische Verdrängung von Menschen mit niedrigen Einkommen. Er hat aber auch Auswirkungen auf die Umwelt: Denn Baumaterialien sind für 10% der Schweizer Treibhausgasemissionen verantwortlich. Statt umweltschonend zu sanieren, ist es für viele Grossinvestoren lukrativer, alte Gebäude abzureissen und neue Betonklötze hinzustellen.¹

Greenwashing

Um der Kritik an diesen umweltschädlichen Geschäftspraktiken zu begegnen, hat die Pensionskassenindustrie umfangreiche Greenwashing-Methoden entwickelt. Zum Beispiel sollen mit «grünen» Investitionsfonds nicht-fossile Unternehmen gefördert werden. Das Problem ist nur, dass auch die allermeisten dieser «grünen» Fonds fossile Unternehmen beinhalten, wie jüngst eine Studie aufgedeckt hat.² Weiter haben sich die Pensionskassen die Strategie der «active ownership» auf die Fahnen geschrieben. Dabei sollen die finanzierten Unternehmen durch die Pensionskassen in Richtung «nachhaltiger» Unternehmensstrategien beeinflusst werden, indem an GVs entsprechend abgestimmt wird oder mit der Führung das Gespräch gesucht wird. Das ist aber nichts als heisse Luft. Dadurch hat sich eine aufgeblasene Bürokratie von Begutachter:innen und Berichteschreiber:innen, die unverbindliche Gespräche führen, entwickelt. Das Ganze wird dadurch nur noch unübersichtlicher.

1 moneta.ch

2 reclaimfinance.org

Die meisten NGOs formulieren keine grundlegende Kritik am Pensionskassensystem. Man stellt lieber harmlose Klimarankings von Pensionskassen auf oder fordert auf naive Weise die Arbeitenden auf, eine Mail an die eigene Vorsorgeeinrichtung zu schreiben. So etwa die Klima-Allianz. In anderen Fällen werden Pensionskassen dazu aufgefordert, ihr Geld aus besonders dreckigen oder menschenfeindlichen Unternehmen abzuziehen (Divestment). Die Logik des Systems – das Erwirtschaften von Profit auf Kosten von Umwelt und Arbeitenden – bleibt bei all diesen Vorschlägen aber unangetastet.

Einheitskasse

Ende der 1960er Jahre wurde in der Schweiz eine «Vollpension» auf der Grundlage eines solidarischen Umlageverfahrens zur Diskussion gestellt. Die staatliche Volkspension sollte künftig mindestens 60 Prozent des Einkommens abdecken, auf jeden Fall aber eine jährliche Rente von 6000 Franken garantieren. Die damals von der PdA (Partei der Arbeit) lancierte Initiative wurde jedoch aufgrund von bürgerlichem, aber auch sozialdemokratischem und gewerkschaftlichem Widerstand, versenkt.

Heute müsste ein solches System wieder ins Zentrum einer sozialökologischen Transformation gestellt werden. Es wäre solidarischer, weil bei einem Umlageverfahren mit fixen Lohnabzügen Menschen mit hohem Einkommen die Renten von armen Arbeitenden solidarisch mitfinanzieren. Es wäre geschlechtergerechter, weil vor allem Frauen aufgrund von Teilzeitarbeit und Mutterschaft geringe oder gar keine Pensionskassenrenten bekommen. Und es wäre klimagerechter, weil der Erwirtschaftung von Profit auf Kosten von Mensch und Natur mit den Pensionskassenbeiträgen der Boden entzogen würde.

Doch wäre ein solcher Umbau nicht ganz einfach umzusetzen. Denn faktisch gehört nicht den Pensionskassen das Geld. Sie sind vielmehr Verwalterinnen von Vermögen der Lohnabhängigen. Wahrscheinlich würde ein sofortiger Umbau der Pensionskassen somit von vielen als Enteignung wahrgenommen.

Deshalb haben Autor:innen des «Denknetzes» vor längerer Zeit den Vorschlag einer «sukzessiven Überführung der obligatorischen Rentensicherung auf das einfache, transparente und einer demokratischen Steuerung unterworfenen Regime des Umlageverfahrens» entworfen. Der Grundgedanke ist einfach: Ab einem Stichtag werden keine Gelder mehr in die 2. Säule eingezahlt. Die bereits bestehenden Pensionskassenvermögen werden allerdings beibehalten und von den bisherigen Kassen verwaltet, bis sie vollends in Form von Renten zurückbezahlt worden sind.

Das käme einem sukzessiven Rückbau der Pensionskassen im Zeitraum einer Generation gleich. Was dieser Vorschlag aber nicht berücksichtigt: Aus

« Die Pensionskassen verwalten nicht einfach das Geld für ihre Versicherten. Sie erwirtschaften damit auch Profite für sich selbst – auf Kosten von Arbeiter:innen und der Natur.

einer ökologischen Sicht müsste dafür gesorgt werden, dass die verbleibenden Vermögen sinnvoll investiert werden. Das kann nur über eine demokratische Kontrolle und eine ökologisch sinnvolle Steuerung der Investitionstätigkeiten geschehen. Vorstellbar wäre zum Beispiel, dass die Pensionskassen als Anlagevehikel für die Investition in staatliche Fonds für einen ökologischen und sozialen Umbau benutzt würden.

Ende der Sozialpartnerschaft

Dass damit die Interessen der finanziell und politisch mächtigen Pensionskassen beschnitten würden, liegt auf der Hand. Damit würde aber zudem ein wichtiger Pfeiler der schweizerischen Sozialpartnerschaft gestürzt. Es ist nämlich gesetzlich vorgeschrieben, dass die Pensionskassen durch ein «paritätisches» Organ mit Vertreter:innen von Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen verwaltet werden. Während sich einige naive Linke in den 1970er Jahren dadurch eine langsame Kontrollübernahme durch die Arbeiter:innen erhofften, hat sich wie erwartet das Gegenteil ergeben: Die grossen Gewerkschaften und ihre Bürokrate:innen wurden an die Interessen der Pensionskassenindustrie gebunden.

Ein sozialer und ökologischer Umbau des Rentensystems steht somit vor derselben Herausforderung wie die Klimagerechtigkeitsbewegung im Allgemeinen. Es braucht breite soziale Bewegungen, die für radikale, aber auch konkrete Visionen kämpfen. Denn wahrhaftig klauen uns die Reichen und Mächtigen die Zukunft. Nicht nur, weil sie unseren Planeten zerstören. Das von ihnen geprägte Rentensystem verunmöglicht es auch vielen, im Alter ein würdiges Leben zu führen.

Luca Caplero
BFS Basel



← Wie sich die neue
«Klimastrategie»
der SVP die Alpen im
Jahr 2050 vorstellt

Marcel Dettlings frommer
Rat an die Bergbauern
bezüglich Klimawandel:
«Gott stehe euch bei» →



← Die «Geld-und-Gülle-Allianz»
erscheint fröhlich, steht aber
emanzipatorischen Veränderungen
konsequent im Weg!

Symbol-Bilder, AI generiert
mit microsoft bing

Dettlings Kiwis in Oberiberg und der gespaltene Bürgerblock

Die SVP ersetzt ihre Spitze: Der fröhliche Tessiner Ökonom Chiesa wird durch den hemdsärmeligen Innerschwyzern Bauern Dettling ersetzt werden. Das verheisst gar nichts Gutes für emanzipatorische Anliegen, wenngleich sein Job ungeahnte Herausforderungen mit sich bringt.

Der Kanton Schwyz war noch nie ein Hort der Vernunft. Der kleine Kanton zwischen Zürich und Vierwaldstättersee, der sich ideologisch gern als «Ur-schweiz» versteht und tatsächlich namensgebend für die Schweiz ist, steht selten im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. Und doch machte er in den letzten Jahren mit besonders unmöglichen Politikern auf sich aufmerksam: Sowohl Andy Benz, Chef der Freiheitstrychler, als auch Josef Ender, der Vorstand des Aktionsbündnis Urkantone, prägten die Coronaproteste und damit die grösste Viehschau der Schweizerischen Rechten des letzten Jahrzehnts entscheidend mit. Nun wird Marcel Dettling, seines Zeichens Bergbauer aus der Innerschwyzern Gemeinde Oberiberg, neuer Parteipräsident der grössten Partei der Schweiz. Er ersetzt im März diesen Jahres Marco Chiesa, den blutleer wirkenden Ökonomen aus dem Tessin, der 2020 den in den Bundesrat abberufenen Albert Rösti im Parteipräsidium

beerbte. Chiasas Akzent in der Parteileitung sollte darin liegen, politisch den Stadt-Land-Graben in der Schweiz zu beackern – was weitestgehend erfolglos blieb. Obschon die SVP unter ihm 2023 einen Wahlerfolg einfuhr, bleibt unklar, ob damit nur ihre Baisse in der «Klimawahl» 2019 korrigiert wurde und ihre oppositionelle Rolle während der Coronapandemie belohnt wurden.

Nach dem durchgezogenen Chiesa-Intermezzo war Dettling dann auch die absolute Wunsch-Personalie der Parteileitung: So «gmögig» wie Toni Brunner und so scharf am rechten Rand politisierend wie Andreas Glarner. Die WOZ berichtete, dass Glarner, der neuerdings laut einem Urteil öffentlich als rechts-extrem bezeichnet werden darf, in den Gerichts-verhandlungen hierzu nur lapidar meinte, dass es auch noch Politiker:innen rechts von ihm in der SVP gäbe – etwa «der Dettling». Doch wieso sollte es uns emanzipatorische Linke interessieren, wer nun der neue rechtsextreme Kopf ist, der die menschenverachtende Politik der SVP lenkt?

Erstens läutet Dettling gerade eine neue Phase rechter Klimapolitik nach amerikanischem Vorbild ein, die selbst für die chronisch antiwissenschaftliche SVP einen Tabubruch darstellt. Und *zweitens* kommt er in einem kritischen Moment, in der die SVP mit dem Marianengraben durch den sogenannten «Bürgerblock» zu kämpfen hat, der eigentlich schon immer da war, aber bei der AHV-Abstimmung offen zutage trat; nämlich jener zwischen der materiellen Realität der Basis, die sie wählt, und jener der Grosspender:innen, die sie finanziert.

Klimapolitik à la Dettling

Zuerst aber einmal zur klimapolitischen «Neu»-Ausrichtung der SVP. Man würde denken, dass ein Oberiberger Bergbauer, der die katastrophalen Veränderungen des Klimawandels bereits jetzt an der eigenen Haut erfährt, diesen auch als besorgnis-erregenden Prozess anerkennt. Gerade als Teil des

Berufsstandes der Bergbauern, der angesichts des Klimawandels wohl mittelfristig verschwinden wird, der wegen verstärkter Erosion sein Gelände an Schlammrutsche und Bergstürze verliert, dessen Weidegrund aufgrund jährlicher Dürren und Überschwemmungen kein Futter mehr hergibt und dessen Tiere an Hitzestress zugrunde gehen, sollte Dettling ein persönliches Interesse am Klimaschutz aufweisen. Weit gefehlt. Im Interview mit der NZZ (17.02.2024) erklärt Dettling ganz freimütig, dass es doch schön sei, wenn es nun etwas wärmer werde. Schliesslich hätten eh Viele eine Winterdepression in den kalten Monaten und auch die Früchte wachsen nun besser. Wenn es zu Überschwemmungen und Dürren komme, so müsse man halt da helfen, wo das Problem auftrete. Klimapolitik mit Verboten und Besteuerung, das sei Scharlatanerie. Das Klima habe sich eben schon immer verändert, es lohne sich nicht, eine Debatte über die Verantwortung hierfür zu führen, das sei nur eine «moderne Form der Hexenjagd» (sic!). Er sei ein religiöser Mensch und glaube, dass wir nicht über alles bestimmen können.

Mit dem frommen Bewusstsein eines katholischen Knechts plädiert Dettling für Kiwis in Oberberg statt Psychopharmaka gegen saisonale Depression. Dass diese Phantasmen nicht nur fehlgeleitet, sondern gezielt irreführend sind, erklärt sich von selbst. Dettlings ideologische Kunstgriffe stellen indes einen Paradigmenwechsel für die SVP dar, die sich bisher vor allem mit der Verhinderung von ökologischen Vorlagen hervorgetan hat, aber auf Klimawandelleugnung tendenziell verzichtete. Dass sich dann aber der Bauernverband erdreistete, ein Ja zum Klimaschutzgesetz zu empfehlen, liess wohl die Alarmglocken bei der Parteileitung schrillen: Mittelfristig wird der Kampf gegen einzelne Klimaschutzmassnahmen nicht mehr ausreichen, um die SVP-internen Spaltungslinien in der Klimafrage unter dem Deckel zu behalten. Neu soll ein am US-Amerikanischen Vorbild orientiertes Narrativ sanfter Klimawandelleugnung Einzug in die Stuben der SVP-Wähler:innen halten. Anders als die «Denialists» (Klimawandelleugner:innen) in Amerika soll nicht die Existenz des Klimawandels gänzlich in Abrede gestellt werden, sondern in dieser Frage eine agnostische Haltung vertreten werden: Wir wissen nicht, ob es ihn gibt und wenn es ihn gibt, ob er denn wirklich nur schlecht ist (oder uns nicht viel eher Tropenfrüchte in alpinen Lagen beschert). Und selbst wenn es ihn gibt und er nicht gut ist, wer sind wir begrenzten Menschlein denn schon, uns gegen göttliches Schicksal aufzulehnen? Wie Dettling damit SVP-Bauern wie Erich von Siebenthal überzeugen will, die im Trockensommer 2022 öffentlich vor dem Klimawandel warnten, weil trotz neu eingerichteter Wasserzisternen auf der Alp das Wasser fehlt, ist indes unklar. Dass sich neuerdings die Parteileitung um Vizepräsidentin Magdalena Martullo-Blocher gegen das neue

Energiegesetz («Mantelerlass») stellt, das «Herzensprojekt» von SVP-Bundesrat und Energieminister Albert Rösti, kann als Konzession an den nervösen fossilen Flügel der SVP interpretiert werden.

Die Geld-und-Gülle-Allianz a.k.a der Bürgerblock

Diese sich abzeichnende Konfliktlinie in der symbolisch einflussreichen Fraktion der Bäuer:innen lässt sich aber momentan noch durch die Intensivierung von klimawandelleugnender Ideologie überbrücken. Dies führt uns aber zum zweiten, viel tieferen Graben in der SVP, der am letzten Abstimmungssonntag transparent wurde und dessen Überbrückung Dettlings ideologische Narrativakrobatik überfordern könnte: Der Marianengraben im historischen Bürgerblock zwischen «Bauern» und reichen Grossbürgern. Diese heterogene Allianz kann auf eine lange Tradition zurückblicken. Um Dettlings unglückliche Rolle darin zu verstehen, müssen wir bis in die Zeit des Landesstreiks zurückgehen.

Der «Bürgerblock» trat in der Schweizerischen Geschichte erstmals zur Zeit des Landesstreiks auf und schaffte, was zum damaligen Zeitpunkt 70 Jahre Eidgenossenschaft mitsamt einem kurzen Bürgerkrieg nicht geschafft hat: Die katholischen Bauern und die protestantischen Grossbürger gegen den gemeinsamen Feind in Gestalt der Arbeiter:innen-Bewegung in einem Bündnis zu vereinigen. Der damalige Bauernführer, Ernst Laur, erkannte die Gunst der Stunde, um der eigenen Klientel zu Einfluss und Geltung im modernen Bundesstaat zu verhelfen. Die Erfindung des «Bürgerblocks» war indes kein Schweizer Sonderfall: in Italien verhalf eine ähnliche Allianz zwischen süditalienischen Grossbauer:innen und norditalienischen Industriellen dem Faschismus zum Durchbruch. Vielleicht auch weil in der Schweiz die faschistische Machtergreifung ausblieb, galt die Zusammenarbeit als durchschlagender Erfolg. Die Tauschhandelsbeziehung, die der Block in der Folge annahm, kann etwas verkürzt auf die Formel: «Marktprotektion und Subvention gegen bedingungslose Loyalität der Bäuer:innen zu den Besitzstandsverhältnissen» gebracht werden.¹

Durch den Siegeszug der SVP seit den 1990er Jahren hat sie sich den Bürgerblock, der zuvor noch immer in die konfessionellen Lager gespalten war und heterogene Allianzen zwischen der BGB

1 Es ist bezeichnend, dass der derzeitige Bauernpräsident Markus Ritter eine Büste von Ernst Laur auf seinem Bürotisch stehen hat. Auch er dankt dem Kapital die Subventionierung und den Protektionismus der Landwirtschaft mit blinder Loyalität für die Besitzstandsverhältnisse, selbst dann, wenn es den Bäuer:innen zum Nachteil gereicht. So verkaufte er Economiesuisse und Konsorten – entgegen des Willens der Basis – in einem macchiavellistischen Tauschhandel die Nein-Parole zur Konzernverantwortungsinitiative für ihr Nein zu Agrarreformen.

« So «gmögi» wie Toni Brunner und so scharf am rech- ten Rand politisie- rend wie Andreas Glarner

(Bauernpartei der Protestant:innen und Vorläufer der SVP), der CVP (Bauernpartei der katholisch-konservativen Gebiete) und der FDP (Partei des protestantischen Grosskapitals) zeitigte, gänzlich in eine Partei einverleibt. In den letzten Jahren erhöhte die Dauerkrise der FDP, die «natürliche» Vertretung des Grosskapitals in der Schweiz, den Druck auf die SVP, den gesamten Block in einer Partei zu einen. Dazu kommt noch, dass sich die CVP durch ihre Umbenennung in «Die Mitte» unterdessen sogar namenstechnisch von ihrer ursprünglichen Basis der katholisch-konservativen Landgebiete losgesagt hat. Durch diese komplette Absorption des «Bürgerblocks» in eine einzige Partei wurde die SVP zwar enorm mächtig, sie hat sie sich aber auch die schlechten Widersprüche zwischen der konservativen, lohnabhängigen Basis in strukturschwachen Gebieten und den Besitzenden der urbanen politischen Elite inkorporiert. Das Erfolgsrezept der SVP im Umgang mit diesem Widerspruch bestand stets darin, dass menschenverachtender Kulturkampf und Nationalchauvinismus die Sündenböcke für die selbst verschuldete materielle Schlechterstellung ihrer eigenen Basis immer bei den «gesellschaftlich Anderen» ausfindig gemacht haben. Dies verlief bisher relativ reibungslos: Die Stimmbevölkerung schickte sozialpolitische Vorhaben wie die Initiative für sechs Wochen Ferien oder Rentenerhöhungen wie zur Zeit des guten alten «Bürgerblocks» routiniert bachab. Dies funktionierte so bis zum letzten Abstimmungssonntag, an dem eine grosse Mehrheit für eine dreizehnte AHV-Rente gestimmt hat. Das ist ein historisches Novum für die Schweiz, ein Land, das sich viel auf sein unterwürfiges Verhältnis zum Kapital einbildet.

Objektive Widersprüche scheren sich nicht um Ideologie

NZZ und Konsorten wähten sich auf einmal im falschen Film, sie wussten die Realität, in der sie lebten, nicht mehr zu deuten. Das Problem war alsbald ausgemacht: Wahlanalysen zufolge haben gerade Teile der SVP-Basis den Ausschlag gegeben, dass die 13. AHV durchgekommen ist. Der offen rechtsradikale Publizist Markus Somm, der für seine routinierten Fehleinschätzungen bekannt ist, verblödete sich am Wahlsonntag dann auch öffentlich, den Grund für

das AHV-Ja in der mangelnden Intelligenz der SVP-Wähler:innen auszumachen: «Es sind Trottel, es sind Trottel. Sie meinten, der Regierung eine Ohrfeige zu geben, dabei gaben sie sich selbst eine.» Nebst der nur schlecht kaschierten Ratlosigkeit, die den Grossbürgerssohn Somm (Sohn des ehemaligen ABB-Chefs) bei solchen Abstimmungsergebnissen befällt, stellt sich die Frage, wie die SVP mit diesen Verwerfungen zurechtkommen will. Bezeichnend ist jedoch, dass wenn die eigene, normalerweise ideologisch perfekt in die Irre geführte Basis auf einmal die Schläue beweist, für ihre objektiven Interessen zu stimmen, den Rechten nur noch übrig bleibt, ihren eigenen Wähler:innen Dummheit zu attestieren.

Womit wir wieder bei Marcel Dettling wären: Er ist auf der ideologischen Ebene all das, was die SVP erfolgreich gemacht hat: Ein bodenständiger, «einfacher» Bauer, der sich gegen «die da oben» in Bern stark macht, nicht viel von «Gender-Gaga» hält und sich auf heimische Tropenfrüchte freut. Kulturell verkörpert er also die propagandistisch künstlich verdummte Basis, die aufgrund der fortwährenden Reallohninbussen vor dem Hintergrund von staatlich geretteten Versager-Bankern ihren Stimmzettel nicht mehr ausschliesslich gegen marginalisierte Minderheiten richten, wie dies der Bürgerblock in der Schweiz vorsieht, sondern zuweilen auch gegen diejenigen, die tatsächlich für das Schlamassel verantwortlich sind. Die grosse Herausforderung seiner Präsidentschaft wird darin liegen, diesen zweiten ideologischen Bestandteil des Bürgerblocks, die liberär-besitzstandsloyale Ideologie, weiterhin gegen das objektive Interesse seiner Basis durchzusetzen, um so weitere «Waterloos» des Bürgerblocks zu verhindern.

Wie gehen wir Linke damit um?

Dass die 13. AHV durchkommt, markiert einen Aufbruch in der Schweiz und zeugt davon, dass die ideologische Manipulation der Stimmbevölkerung auf der rechten Parlamentsseite nicht unbegrenzt funktioniert. Wir Linke sollten dies als Anlass sehen, um umso entschlossener gegen die fortwährende Verschlechterung der Lage der arbeitenden Klasse vorzugehen. Und wir sollten darauf beharren, dass die Milliardärspartei SVP – auch wenn sie wieder einen vermeintlich «sympathischen» Bauernburschen an ihre Spitze gestellt hat – letztlich nichts mit der lohnabhängigen Bevölkerung am Hut hat. Dettling ist in diesem Schachspiel im wahrsten Sinne nur ein Bauer. Und auch wenn sich die Innerschweiz und die Ostschweiz – die Stammlande der SVP – bei der AHV noch der Linie der Parteileitung gefügt haben, stellt sich auch hier die Frage, wie viel Reallohninbussen der rechte Sirenengesang noch verträgt.

Danilo Meunier
BFS Basel

Saudi-Arabien: Alles Money Rich

Ein Land, dessen Reichtum auf einem endlichen Rohstoff beruht. Das setzt das Land unter Druck, es versucht, durch Investitionen sportliche Relevanz zu entwickeln. Der Kauf des Fußballclubs Newcastle oder Spielern wie Cristiano Ronaldo haben gezeigt, welche finanziellen Muskeln die Saudis haben. Aber warum investieren die Saudis so stark in ein Geschäft wie den Fußball? Jedermann weiss, dass man damit nur Verluste macht. Warum wollen sie Mohamed Salah für 200 Millionen in die Wüste schicken? Dieses Phänomen wird als «Sports-washing» bezeichnet.

Die Geschichte Saudi-Arabiens: Vom Ölboom bis zur Gegenwart

Die Geschichte des heutigen Saudi-Arabiens beginnt mit der Gründung des Königreichs durch Abd al-Aziz ibn Saud im Jahr 1932. Er machte sich einen Namen durch die Eroberung zweier bedeutender muslimischer Städte: Mekka und Medina. Zu diesem Zeitpunkt ist Saudi-Arabien weitgehend von Landwirtschaft und Handel abhängig. Dies dauert bis zur unerwarteten Entdeckung der Erdölfelder im Jahr 1938 an, einem entscheidenden Moment, der das Land in den Mittelpunkt der Weltöffentlichkeit rückte. Mit dem Aufkommen der Erdölindustrie änderte sich das Schicksal des Landes dramatisch.

Die riesigen Ölvorkommen des Landes, die etwa 18% der weltweiten Ölreserven ausmachen, machten Saudi-Arabien zu einem der führenden Öl-Exporteure der Welt. Die Einnahmen aus dem Ölhandel ermöglichten dem Land einen rapiden wirtschaftlichen Aufstieg und finanzierte gross angelegte Infrastrukturprojekte sowie soziale Programme. Dies führte zu einem starken Anstieg des Lebensstandards und zu einem beispiellosen wirtschaftlichen Wachstum.

Allerdings machte die Instabilität des Ölmarktes und die damit verbundenen Ölpreisschwankungen die Wirtschaft des Landes anfällig für externe Krisen und führte zu einer gewissen Unsicherheit hinsichtlich der langfristigen Sicherheit dieser Einnahmequelle. Darüber hinaus stellte sich die Frage nach der Nachhaltigkeit dieser Wirtschaftsstruktur, angesichts der Endlichkeit der Öl-Vorkommen.

Saudi-Arabien erkannte die Notwendigkeit, seine Wirtschaft zu stabilisieren und die Abhängigkeit vom Öl zu verringern. Dies signalisierte den Beginn eines langfristigen Prozesses zur Entwicklung alternativer Wirtschaftszweige und zur Schaffung einer Infrastruktur, die eine breitere volkswirtschaftliche Basis ermöglicht.

In Saudi-Arabien leben aktuell rund 36 Millionen Menschen, davon sind 11 Millionen Gastarbeiter:innen aus den Nachbarländern. Die Hauptstadt von Saudi-Arabien ist Riad und wird von Kronprinz Mohammed bin Salman als Premierminister geführt, seines Zeichens direkter Enkel des Staatsgründers Abd Al-Aziz.

Den Nachbarländern gefallen die guten Verhandlungsmöglichkeiten Saudi-Arabiens, die es aufgrund seiner Öl-Vorkommen mit der Welt hat, überhaupt nicht. Es gab immer wieder Anschläge auf die Pipeline aus dem Iran. Auch die Strategie, nach dem Vorbild von Dubai durch den Tourismus und die Öffnung der Kultur Unabhängigkeit vom Öl zu erlangen, führte intern immer wieder zu Konflikten mit den konservativen Religionsgelehrten.

Vision 2030 anstatt Netto Null 2030

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, wurde die Vision 2030 ins Leben gerufen. Ein umfassender Plan zur Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Der Kronprinz selbst sagte einmal über sein Land: «In 20 Jahren werden wir eine Wirtschaft sein, die nicht mehr vom Öl abhängig ist. Jeder in Saudi-Arabien ist

vom Öl abhängig. Das ist beunruhigend, denn es hat die Entwicklung vieler anderer Sektoren verhindert. Öl sollte als Investition betrachtet werden. Nicht mehr und nicht weniger.» Seine Vision: Saudi-Arabien soll von einer reinen Ölwirtschaft zu einer modernen und vielfältigen Volkswirtschaft werden. Neben wirtschaftlichen Zielen setzt der Plan auch auf soziale und kulturelle Veränderungen, um die Gesellschaft zu öffnen und den Tourismus zu fördern. Schätzungen zufolge will Saudi-Arabien bis 2030 mehr als 10% seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus anderen Quellen erwirtschaften.

Sport spielt dabei eine Schlüsselrolle. Der saudi-arabische Public Investment Fund (PIF) investiert in verschiedene Sportveranstaltungen und Vereine. Seit 2021 finden Formel-1 Rennen in Jeddah statt. Hinzu kommen Events in den Bereichen Tennis, Wrestling, Golf, Pferderennen oder auch Fußball – die Finals des italienischen und spanischen Supercups wurden bereits in Saudi-Arabien ausgetragen. Erklärtes Fernziel ist jedoch die Ausrichtung von Mega-Events wie Fußball-Weltmeisterschaften oder Olympischen Spielen. So gut wie sicher soll die Fußball-Weltmeisterschaft 2034 in Saudi-Arabien stattfinden. Das Gesamtvermögen des PIF beträgt 650 Milliarden Euro. Dahingegen wird der Kauf von Newcastle für 300 Millionen geradezu aus der Portokasse finanziert.

Das neueste kuriose Projekt: Die Asiatischen Winterspiele 2029 sollen in der Wüste stattfinden. Saudi-Arabien hatte 2022 in Peking erstmals an Olympischen Winterspielen teilgenommen, der alpine Skirennläufer Fayik Abdi war der einzige Starter und belegte im Riesenslalom den 44. Platz. «Ich hätte nie gedacht, dass ich in meinem Heimatland Ski fahren kann», sagte er nach der Vergabe der Spiele. Das Berggebiet «Trojena», nahe der im Bau befindlichen Planstadt «Neom», erhielt den Zuschlag für die umstrittene Veranstaltung, die eine einzigartige Kombination aus Wintersport und Wüstenlandschaft bieten wird. Trojena liegt etwa 50 Kilometer von der Küste entfernt auf einer Höhe von 1500 bis 2600 Metern über Meer. Obwohl die Temperaturen im Winter zeitweise bis auf den Gefrierpunkt sinken können, ist die Gegend staubtrocken, was eine besondere Herausforderung für die Durchführung von Schneewettbewerben darstellt. Das Ganze wird also auf Kunstschnee ausgetragen werden müssen. Dennoch plant Saudi-Arabien, die gesamte Energieversorgung während der Spiele zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen zu beziehen. Die nahe gelegene futuristische Megastadt Neom, die derzeit für geschätzte 500 Milliarden Euro am Ufer des Roten Meeres entsteht, wird ein wichtiger Ausgangspunkt für die Veranstaltung sein. Die Stadt soll nicht nur eine

atemberaubende Kulisse für die Winterspiele bieten, sondern auch eine Plattform für zukunftsweisende Technologien und nachhaltige Entwicklungen darstellen.

Soft-Power und Sportswashing

«Die massiven Investitionen in Fussball und Sport helfen Saudi-Arabien, Soft Power zu erlangen, sich auf der internationalen Bühne zu profilieren und das Königreich als Platzhirsch in der Region zu positionieren», schreibt der Journalist und Nahost-Experte James M. Dorsey in seinem Blog «The Turbulent World». «Dies geschieht zum Teil durch die Verlagerung des sportlichen Schwerpunkts weg von Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten.»

Der Begriff «Soft Power» wurde von seinem theoretischen Begründer als «nicht-militärisches Mittel der Aussenpolitik» definiert. Joseph Nye, ein renommierter Nahostexperte und ehemaliger stellvertretender US-Verteidigungsminister, prägte den Begriff insbesondere als Reaktion auf die Ereignisse des 11. September. Nye argumentierte, dass die USA nicht nur militärisch und wirtschaftlich, sondern auch durch ihre kulturelle Attraktivität und ideologische Überzeugungskraft eine Führungsrolle in der Welt einnehmen sollen.

Die Soft-Power-Strategie basiert auf der Idee, Einfluss und Ziele nicht durch Zwang oder finanzielle Anreize zu erreichen, sondern durch Attraktivität und die Vermittlung eigener Normen und Werte. Laut der Bundeszentrale für politische Bildung (BPB) umfasst Soft Power eine Vielzahl von Instrumenten, darunter Kulturexporte wie Filme und Musik sowie die Förderung eigener Werte.

Es ist wichtig, nicht nur die Soft-Power-Initiativen im Nahen Osten zu betrachten, sondern sich auch jene des Westens bewusst zu machen. Tom Howe beschreibt

in einem Essay die Doppelmoral in der Wahrnehmung von «Sportswashing»: Während westliche Kommentatoren die Fussballweltmeisterschaft 2022 in Katar als Paradebeispiel für «Sportswashing» anführen, lassen sich auch im Westen Dutzende von Beispielen finden.

Ein Beispiel ist der Zuspruch für die Olympischen Spiele an das Vereinigte Königreich Dies geschah nur zwei Jahre nach dem Einmarsch in den Irak. Die Spiele fanden nach den berüchtigten Unruhen von 2011 statt. Jeremy Hunt, der damalige Minister für Kultur, Medien und Sport, räumte ein, dass das Vereinigte Königreich die Spiele nutzen würde, um das negative Image zu zerstreuen, das die Unruhen erzeugt hatten.

Hinter «Sportswashing» verbirgt sich also die Strategie, mit internationalen Events und prominenten Sportler:innen von Menschenrechtsverletzungen abzuwenden. Die Berichterstattung der Boulevardpresse über Ronaldos luxuriösen Lebensstil, das unverheiratete Zusammenleben mit seiner Lebensgefährtin Georgina Rodriguez und die Instagram-Fotos von Frau Rodriguez im Bikini tragen dazu bei, dass sich Saudi-Arabien als sozialliberale Gesellschaft präsentiert, die nicht mehr an strenge islamische Normen gebunden ist.

Wie sollen wir Sportfans mit dem umgehen?

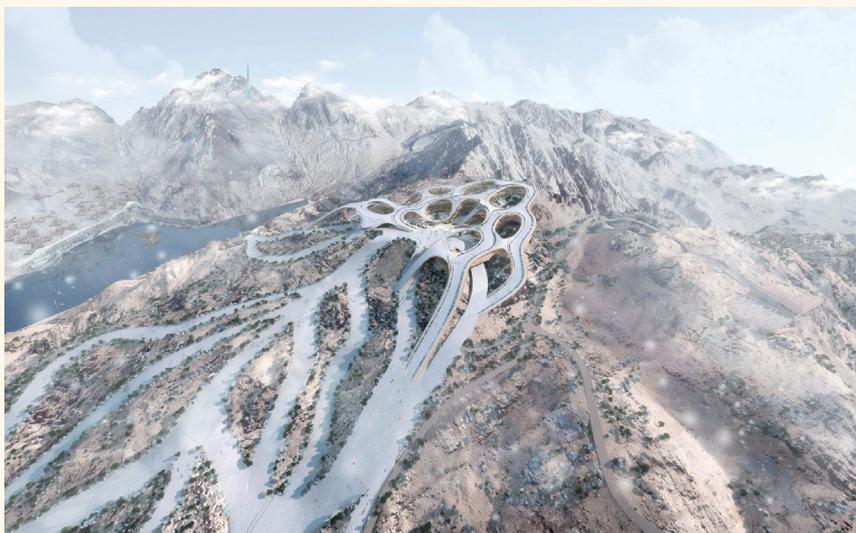
Auch wenn es manche Fans nicht wahrhaben wollen: Fussball ist immer auch Politik. Die Frage, warum die Saudis jetzt so aggressiv in den Fussball investieren, lässt sich nicht rein sportlich beantworten. Die völlig andere Lebensrealität, in der wir Westeuropäer:innen leben, die geopolitische Lage und der jahrzehntelange Einfluss der Grossmächte in diesem Teil der Erde machen es schwer, das ganze Bild zu sehen. Ich habe hier nicht den Anspruch diese Frage zu klären. Schon gar nicht in

dieser Kürze. Schon gar nicht als Laie. Doch zu sehen, dass es um mehr geht als nur um den Sport, den ich liebe, ist die Voraussetzung, das wir die Taten Saudi-Arabiens verstehen. Die Strategie der Soft Power ist dort, wo sie eingesetzt wird, die gleiche wie überall sonst und auch bei uns im Westen. Wenn Angela Merkel bei der WM in der Kabine der deutschen Nationalmannschaft steht und Fotos macht, ist das das Gleiche, wie wenn versucht wird, den Fussballstar Salah in die eigene Liga zu locken. Auch die Mittel, die die Saudis einsetzen, sind dieselben, die die Premier League seit Jahren anwendet. Neu ist nur, dass die Saudis mehr Geld in die Hand nehmen als europäische Player und das macht die Premier League nervös. Vielleicht wird der englische Löwe bald von den saudischen gefressen.

Die ganze Kampagne gegen die Saudis im Fussball hat einen leicht rassistischen Unterton. Wenn Vereine wie Liverpool, wo der Superstar Salah spielt, die Transferpolitik der Saudis kritisieren, ist das nicht mehr als scheinheilig. Liverpool gehört der Fenway Sports Group mit einem Vermögen von 3,6 Milliarden Franken. Der Haupteigentümer dieser Gruppe ist John W. Henry, der sein Vermögen mit Rohstoffhandel gemacht hat. Im Kapitalismus wird nur so reich, wer unzählige Menschen ausbeutet und Blut an den Fingern kleben hat.

Das Argument, das plötzlich gemacht wird, die Saudis seien keine Fussballnation, ist generell ein sehr rassistisches und will im Kern die aktuelle Machtverteilung verteidigen. Der Fussball wird in jedem Land der Welt geliebt, nur leben sie eine andere Kultur als wir. Der Hype, als Ronaldo ins Land geholt wurde, war riesig, und ja, es wird nicht ins Stadion gegangen, aber sie schauen sich die Top-Ligen des Landes im Fernsehen an und fiebern genauso mit, wenn ihre Lieblingsmannschaft um Titel spielt. Man muss akzeptieren, dass Saudi-Arabien und auch andere reiche Länder jetzt mitspielen. Viel wichtiger ist es, das ganze Konstrukt zu kritisieren. Man könnte fast sagen, freut euch auf die WM 2034 in Saudi Arabien oder Fussballfans aller Länder, vereinigt euch. Denn während das System von West nach Ost zu pendeln scheint, gibt es die Chance auf einen Fussball für alle und überall. Einen Fussball für die, die ihn lieben.

Charles-Mathieu Sérou
BFS Zürich



Geplantes Skiresort NEOM in Trojena

Mit der Revolutionären Kommunistischen Partei zum Sozialismus in der Schweiz?

Im Mai 2024 wird in der Schweiz die Revolutionäre Kommunistische Partei (RKP) gegründet. Sie erhebt den Anspruch, das Schweizer Proletariat zum Sozialismus zu führen. Das Projekt erfährt seither einige Aufmerksamkeit in den Medien und zieht eine beachtliche Anzahl junger Menschen an. Es ist erfreulich zu sehen, dass viele junge Aktivist:innen eine revolutionäre Perspektive suchen und vom Wort Kommunismus nicht abgeschreckt werden. Anziehend wirken bei der RKP vor allem die grossen Versprechungen, die die Führung den neuen Aktivist:innen macht. Da diesen Versprechungen aber eine reale Grundlage fehlt, werden die Mitglieder zwangsläufig enttäuscht werden, und deren berechtigte Hoffnung auf eine schweizweite kommunistische Partei platzen.

Hinter der Revolutionären Kommunistischen Partei (RKP) steht die Organisation Der Funke, die Schweizer Sektion der trotzkistischen International Marxist Tendency (IMT). Die Organisation zählt laut eigenen Angaben über 300 Mitglieder. Der Funke hat sich 2007 im Nachgang der Anti-Irakkriegsbewegung in Winterthur gegründet und hat seither immer wieder seine Organisationsstrategie geändert. In den ersten Jahren machte die Organisation Entrismus in der Juso und den Gewerkschaften. Sie versuchten also innerhalb dieser Organisationen nach Mitgliedern zu fischen. Später fokussierten sie sich auf die Gründung von marxistischen Zirkeln an den Universitäten und neu soll es die Revolutionäre Kommunistische Partei richten. Hinter diesen überraschenden Kehrtwendungen stand jeweils die Führung der IMT in London, namentlich ihr

Vorsitzender auf Lebzeiten Alan Woods. Die Grundzüge ihres Verständnisses der gesellschaftlichen Realität und die darauf aufbauende politische Praxis blieben aber stets dieselben.

Für das Projekt der RKP haben sie im August 2023 im Auftrag von London unter dem Motto «Bist du Kommunist?» angefangen nach den vereinzelt, unorganisierten Kommunist:innen in der Schweiz zu suchen. Die hartnäckige Kampagne brachte dem Funke einige Aufmerksamkeit. Auf viel Gegenliebe stiessen sie allerdings vor allem in den eigenen Erzählungen. Nichts desto trotz konnten sie eine beachtliche Anzahl bisher nicht organisierter Personen für ihr Projekt begeistern, gerade auch in Städten, in denen die organisierte radikale Linke bisher marginal vertreten war.

Dass das Projekt einer schlagkräftigen kommunistischen Partei in der Schweiz scheitern wird, liegt nicht in erster Linie an den rückständigen politischen Inhalten der RKP (Feminismusfeindlichkeit, Ignoranz gegenüber der Klimakrise), den sektenartigen Finanzierungsmethoden (Türe nach der Sitzung schliessen und die Spendenbüchse mit Ansage der Spendenhöhe durch die Reihen geben) oder der befremdlichen zwischenmenschlichen Unfähigkeit ihrer Mitglieder zu merken, wann die Grenze zwischen Gespräch und Belästigung überschritten wird. Es ist vor allem ihr Verständnis der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation und die verqueren Schlüsse, die sie daraus ziehen, die zum Platzen ihres durchaus legitimen Traumes einer schweizweiten kommunistischen Organisation führen werden.

Vermeintliche Gralshüter

Die RKP lebt in einer anderen, längst vergangenen Welt. Ihr ausschliesslicher Orientierungsrahmen ist die Epoche nach dem Ersten Weltkrieg. Die Russische Revolution 1917 dient als Blaupause ihrer Aufstandsfantasien und mit ihrem Projekt versuchen sie möglichst literaturgetreu die bolschewistische Partei nachzuahmen. Auch theoretisch stützen sie sich einzig auf die marxistische Literatur, die bis in die 1920/30er Jahren erschienen ist. Ausnahmen bilden die Pamphlete von ihrer internationalen Führungsfigur Alan Woods. Feministische Theorien, ökosozialistische Denkansätze, abolitionistische Literatur und *Black Marxism* würden nur den Arbeiter [sic] verwirren und

die Klasse spalten. Gendern sei «ein Schlag ins Gesicht aller alleinerziehenden Mütter [und] aller Opfer von Femiziden»,¹ schreiben sie zum 8. März 2024 auf Instagram. Bei der RKP kämpft die Frau noch für die Partei und die Partei vertritt die Klasse im Kampf für den Kommunismus.

Ihr Umgang mit der Geschichte der Arbeiter:innenbewegung ist dabei höchst instrumentell. Exemplarisch lässt sich dies an der Herbstschule des Funke 2023 beobachten. Die Referate hatten den Anspruch, die Lehren aus der Geschichte der Arbeiter:innenbewegung zu ziehen, um den «Weg zum Kommunismus» aufzuzeigen. Jedes einzelne Referat – sei es zur Spanischen Revolution in den 1930er Jahren, dem Israel-Palästina-Konflikt oder zum Kampf der Frau [sic] für den Sozialismus – endete in der Schlussfolgerung, dass die Revolution bzw. die Bewegung gescheitert sei, weil die revolutionäre Führung gefehlt habe. Ergo ist es heute die wichtigste und einzige Aufgabe für Kommunist:innen die revolutionäre Partei aufzubauen. Und das wiederum könne nur die IMT alleine, weil sie die einzigen seriösen Kommunist:innen seien, die den Marxismus richtig verstanden hätten und ein klares Programm besäßen. Kontakte zu anderen linken Organisationen und Aktivist:innen oder eine Mitarbeit in sozialen Bewegungen seien dafür nicht nötig. Der Parteaufbau ist Selbstzweck.

Selbsternannte Avantgarde

Eigentlich ist es verwunderlich, dass sich Menschen für eine solch mechanische Herangehensweise an die komplexe gesellschaftliche Realität begeistern lassen. Offensichtlich aber suchen junge Aktivist:innen nach Organisierungsmöglichkeiten und der zeitweilige Erfolg scheint der RKP recht zu geben. Eine gewisse Stärke der RKP liegt wohl gerade in ihrer Beschränktheit. Als neue Aktivist:in der Organisation hat man sofort eine Aufgabe: die nächsten Kommunist:innen für die Partei zu suchen. Neue Interessierte kriegen ein Starterkitt mit Zeitungen und Kleber nach Hause geschickt, und können anfangen, ihre Aufgabe zu erledigen. Weil sich die politische Aktivität darauf beschränkt, braucht man auch nicht allzu viel Vorwissen dafür. Die RKP selber sagt, dass alles, was man als Kommunist:in heute wissen müsse, auf Seite 2 ihrer Zeitung stehe.²

Die RKP lügt sich dabei selber an: Sie versteht sich als Kaderpartei und allen Ernstes als die zukünftige revolutionäre Führung des Schweizer Proletariats. Um ein Kader zu werden, braucht man allerdings nicht etwa konkrete Organisierungserfahrungen. Schon nach ein bis zwei Gesprächen kann man Mitglied der Partei werden, ist folglich Kader und Teil der selbst ernannten Avantgarde des proletarischen



Klassenkampfes. Nur so lässt sich das erstaunliche Selbstvertrauen der Mitglieder erklären, die sich nicht scheuen, an einem beliebigen Nachmittag am Bahnhof «Für den Kommunismus» herumzuschreien und ihre Zeitung zu verkaufen.

Es gibt unzählige Einwände, die man an ihrer Herangehensweise an den Aufbau einer revolutionären Organisation anbringen kann. Eine Kritik betrifft eine generelle theoretische Fehleinschätzung, die auch andere trotzkistische Organisationen reproduzieren. Im Übergangsprogramm 1938, dem Gründungsmanifest der IV. Internationale, schrieb Leo Trotzki: «Die weltpolitische Lage in ihrer Gesamtheit ist vor allem gekennzeichnet durch die historische Krise der Führung des Proletariats.» Und sogar: «Die historische Krise der Menschheit ist zurückzuführen auf die Krise der revolutionären Führung.»³ Organisationen wie die RKP übersetzen dieses politische Verständnis ohne Kontextualisierung ins 21. Jahrhundert und rechtfertigen damit die eigene Nabelschau. Auch heute seien alle Probleme der Welt zurückzuführen auf das Fehlen einer revolutionären Führung, wie die RKP buchstäblich in jedem Post auf Instagram wiederholt.

Eine solche Behauptung in einem Land aufzustellen, das fast gar keine proletarische Kampftradition mehr besitzt, geschweige denn über eine in den Betrieben verankerte Arbeiter:innenavantgarde verfügt, die überhaupt geführt werden könnte, ist absurd. Dementsprechend biegt sich die RKP die gesellschaftliche Realität einfach zurecht.

¹/2 Instagram, derfunke.ch

³ marxists.org

⁴ derfunke.ch

Erfindung von Klassenkämpfen

«Die Welle der Revolution ist angerollt und kommt auf uns zu. Schauen wir passiv dabei zu und lassen uns wegschütten? Oder bereiten wir uns jetzt aktiv darauf vor und bauen die revolutionäre Organisation auf?»,⁴ schreibt der Funke zum Launch ihrer «Bist du Kommunist?»-Kampagne im August 2023. Um den Selbstzweck des Parteaufbaus zu rechtfertigen, beschwören sie bei jeder Gelegenheit bevorstehende Klassenkämpfe im Stile von 1917 herbei. Dabei ignorieren sie ganz bewusst die gesellschaftliche Realität in der Schweiz. «Die Rolle von Revolutionären heute ist es nicht, wie linke Intellektuelle darüber zu spekulieren, ob die Revolution möglich ist. In dieser historischen Krise des Kapitalismus haben wir keine Zeit für solchen oberflächlichen Pessimismus [...]»,⁴ schreiben sie weiter.

Die bürgerliche Herrschaft in der Schweiz zeichnet sich durch eine weltweit einzigartige politische und wirtschaftliche Stabilität aus. Diese Stabilität basiert auf historisch gewachsenen Strukturen, die nicht von einem Tag auf den anderen ins Wanken geraten (Föderalismus, Konkordanzsystem, halbdirekte parlamentarische Demokratie, Niedrigsteuerepolitik, schwach reglementierter Finanz- und Rohstoffhandelsplatz, Sozialpartnerschaft, ungenügend geregelte kollektive Arbeitsbedingungen usw.). Die stabilen Verhältnisse sind eine entscheidende Grundlage für den Reichtum in der Schweiz und machen das Land zu einem wichtigen Glied in der imperialistisch-kapitalistischen Weltordnung.

Aufgrund der relativen materiellen Privilegien ist ein Grossteil der Lohnabhängigen in der Schweiz weniger geneigt, in Aktion zu treten – auch wenn

ihre Arbeitskraft hier ebenso oder sogar noch effizienter ausgebeutet wird als anderswo. Die spezifischen sozio-politischen Verhältnisse in der Schweiz und ihre Vertortung im internationalen Kontext zu kennen, ist eine Voraussetzung, um angemessene politische Antworten und Aktivitäten zu entwickeln.

Zwar hat die globale Verflechtung der verschiedenen kapitalistischen Krisen (Klimakatastrophe, Kriege, Migrationsbewegungen, Verarmung etc.) Auswirkungen auf die Stabilität in der Schweiz. Aber es ist reine Träumerei, zu erzählen, dass die Arbeiter:innen auch in der Schweiz zu kämpfen beginnen werden, was die RKP mantramässig wiederholt. Sie deutet jede noch so kleine Regung der Lohnabhängigen als Ausdruck des erwachenden proletarischen Kampfeswillen. Jede verkaufte Zeitung und jeden gespendeten Franken interpretieren sie als Sympathie für den Kommunismus. Das ist praktisch. Denn so kann auch trotz dem Ausbleiben von Arbeiter:innenkämpfen in der Schweiz die eigene Annahme, dass das Proletariat erwachen werde, im Nachhinein als richtig beurteilt werden. Dies garantiert insbesondere der Führung der RKP Bestnoten in der Analyse und rechtfertigt so ihre Stellung als Führer:innen.

Bürokratisierte Organisationsform

Die RKP funktioniert wie ein politisches Schneeballsystem (pyramid scheme). Weil die Arbeiter:innenkämpfe ja kurz bevorstünden, braucht das Proletariat eine Führung in Form der RKP. Letztere benötige – getreu der jahrzehntelangen Tradition ihrer internationalen Strömung (IMT) – eine enorme Anzahl Parteisekretär:innen (Fulltimer). Selbstredend sind die Sekretär:innen auch gleich die Führung der RKP. Um diese wiederum bezahlen zu können, müssen die Mitglieder stetig neue Zahler:innen finden und riesige Beiträge berappen, was ja gerechtfertigt sei, weil bald Arbeiter:innenkämpfe ausbrechen würden und diese eine Führung bräuchten.



Marxistische Herbstschule des Funke vom 4./5. November 2023

Kritik oder eine Auswechslung der Führung ist in diesem System nicht vorgesehen. Denn wenn die Führung aus den besten und belesensten Marxist:innen besteht, dann ist eine Hinterfragung der Führung gleich einer Abkehr vom Marxismus. Dass neuere marxistische Theorien abgelehnt werden, muss auch in diesem Zusammenhang gesehen werden. Nur wenn der Literaturkanon überschaubar bleibt, ist es möglich, dass die Führung tatsächlich am meisten weiss (unter anderem weil sie als Parteisekretär:innen mehr Zeit haben, um Lenin und Trotzki zu lesen). Ein breiterer Theorierahmen unter den Mitgliedern würde die Autorität der Fulltimer in Frage stellen. Das verkalkte und beschränkte Verständnis von Marxismus der RKP ist also auch eine Garantie, dass die Führung Führung bleibt.

Die RKP wird als eine autoritäre, hierarchische und undemokratische Organisation gegründet. Ihre Art, wie sie im Namen des demokratischen Zentralismus interne Debatten verhindert und abweichende Meinungen unterdrückt, gleicht eher einer stalinistischen Organisation, auch wenn sie aus einer revolutionär-marxistischen (trozkistischen) Tradition kommt. Ihre Führung – das heisst im Endeffekt Alan Woods in London – hat immer Recht. Wer die Führungspersonen der RKP persönlich kennt oder sich deren Videos anschaut, wird feststellen können, dass die neuen jungen Mitglieder ihre Anführer:innen sogar in Wortwahl und Intonation nachahmen. Selbsternannte Schweizer Lenins reproduzieren so ihre kleinen Wladimirs.

Instrumentelles Verhältnis zu sozialen Bewegungen

Im Weltbild der RKP sind soziale Bewegungen und Demonstrationen dazu da, Zeitungen zu verkaufen und sich selber zu profilieren. Seit Monaten schreiben sie auf Instagram⁵ kindliche Berichte, wie sie in irgendwelchen Städten an Palästina-Demos ein paar Franken beim Zeitungsverkauf verdienten, kämpferische Reden hielten, die «stürmisch bejubelt» wurden, und wie viele neue Kommunist:innen sie finden konnten.

Die Mitarbeit an einer breiten Solidaritätsbewegung mit der palästinensischen Bevölkerung interessiert die RKP allerdings nicht. Der Nahostkonflikt wird «als Anlass für rigoroses Wachstum genommen, teils wurde die Situation fast schon bejubelt, das Ganze wird als ›Palästina Fenster zum Wachsen propagiert», wie eine Person, die nach kurzer Zeit wieder aus dem Funke ausgetreten ist, in einem Bericht im Januar 2024 auf barrikade.info schreibt.⁶

Diese sektiererische Haltung ist nicht neu. Der Funke beteiligte sich grundsätzlich nicht an Bündnissen. Eine Mitarbeit am feministischen Streik 2019 wurde

« Um den Selbstzweck des Parteaufbaus zu rechtfertigen, beschwören sie bei jeder Gelegenheit bevorstehende Klassenkämpfe im Stile von 1917 herbei.

Desillusionierung
mit Ansage

« Die RKP versteht sich allen Ernstes als die zukünftige revolutionäre Führung des Schweizer Proletariats.

abgelehnt, da dieser die Arbeiter:innenklasse spalten würde. Stattdessen wurde ein Generalstreik gefordert (!?). Im Klimastreik nahm der Funke anfänglich noch an lokalen und nationalen Treffen teil. Dort proklamierten seine Mitglieder jeweils, dass der Klimastreik ein Programm brauche, weil die Klimabewegung sonst scheitern würde. Diese selbsterfüllende Prophezeiung – soziale Bewegungen haben ihre eigene Konjunktur und es liegt in ihrer Natur, dass sie ein Sammelbecken ohne explizit erreichbare Zielsetzung sind – wurde wiederum als Beweis für die Richtigkeit der eigenen Position aufgefasst.

Das einzige Ziel der RKP bei ihren Interventionen ist es, Mitglieder für die eigene Organisation zu rekrutieren. Kein Wunder wird die RKP von der gesamten Linken inklusive der Juso angefeindet. Wie bei sektenähnlichen Strukturen so üblich, wird die eigene Isoliertheit in ein Kompliment umgedeutet und bestärkt tragischerweise die Mitglieder darin, die Hüter:innen der einzig richtigen Position zu sein.

Um eine konstruktive Mitarbeit und eine reale soziale Verankerung bei bewegten Schüler:innen, Studierenden und Lohnabhängigen geht es der RKP also nicht. Dabei sollte sie eigentlich selbst wissen, dass sich eine revolutionäre Bewegung nicht losgelöst von den tatsächlich bewegten Lohnabhängigen und Aktivist:innen aufbauen lässt. Es ist

historischer Unsinn zu behaupten, dass das Gelingen der Russischen Revolution 1917 einzig auf die straffe, avantgardistische Parteiorganisation zurückzuführen war. Nicht die Bolschewiki führten die Arbeiter:innen und Soldaten zur Revolution, sondern umgekehrt trieb die Arbeiter:innen-Avantgarde den revolutionären Prozess und damit die Bolschewiki an. Die Stärke der Bolschewiki lag in ihrer realen Verankerung in den Fabriken der grossen Industriestädte, in den Arbeiter:innenvierteln, bei den Matrosen von Kronstadt und in Teilen der Petrograder Garnison. Die Partei stand nicht neben den realen Geschehnissen, sondern war integraler Teil der revolutionären Bewegung.

Die Zurechtbiegung der Geschichte und die daraus abgeleitete Parteikonzeption der RKP entspricht einer Abkehr von den grundlegendsten Prinzipien marxistischer Theorie und Praxis: nämlich dass «die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiterklasse selbst sein muss» (Karl Marx 1879)⁷. Die Umwälzung der bestehenden Verhältnisse wird nur durch die Selbstorganisation der Ausgebeuteten und Unterdrückten in ihren Arbeits- und Lebensbereichen erreicht. Die Emanzipation der Menschheit kann nicht stellvertretend von einer selbst ernannten Avantgarde für sie erledigt werden.

Die feministischen, ökologischen und die antirassistischen Bewegungen der letzten Jahre veranschaulichten, dass es auch in der stabilen Schweiz zu grossen sozialen Protesten kommen kann. Sie zeigten zudem, wie nützlich revolutionäre Organisationen im Aufbau solcher Bewegungen sein können (feministischer Streik), und offenbarten gleichzeitig die Schwächen der radikalen Linken, wenn sie zumindest zu Beginn keinen organischen Kontakt zu den bewegten Milieus hat (Klimastreik, Black Lives Matter).

Revolutionäre Organisationen ergeben dann einen Sinn, wenn es in der gesellschaftlichen Realität einen Unterschied macht, ob sie existieren oder nicht. Voraussetzung dafür ist eine reale soziale Verankerung. Die RKP ergibt also keinen Sinn, denn sie hat keinen Kontakt zur gesellschaftlichen Realität, sondern lebt in ihrer eigenen. Sie wird scheitern, weil die ganze Grundlage ihres Aufbauprojektes – nämlich den kommenden Aufschwung der Klassenkämpfe in der Schweiz in Form des Generalstreiks 1918 – komplett aus der Luft gegriffen ist. Erfahrungsgemäss lassen sich Menschen nicht ewig für dumm verkaufen, ausser es gelingt einer Organisation, ihre Mitglieder vom selbstständigen Denken abzuhalten. Auf ihrem Weg zum Kommunismus wird die RKP im besten Fall dutzende am Kommunismus interessierte Menschen politisch deformieren, weil sie ihnen eine rückständige, mechanische Art marxistischen Denkens und eine unbrauchbare Methode politischer Aktivität beibringt. Im schlechtesten Fall vergraulen sie die jungen Aktivist:innen für marxistische, kommunistische Ideen und lassen sie desillusioniert zurück. Darum halten wir das Projekt der RKP nicht nur für illusorisch, sondern auch für ein Hindernis im Aufbau einer klassenkämpferischen Linken.

Philipp Gebhardt
BFS Zürich

5 [Instagram, derfunke.ch](https://www.instagram.com/derfunke.ch)

6 [barrikade.info](https://www.barrikade.info) > Wieso ich den Funken und die Internationale Marxistische Tendenz verlassen habe

7 [mlwerke.de](https://www.mlwerke.de)

Feminismus im Film

Seit dem Filmspektakel *Barbie* von Greta Gerwig letztes Jahr sollte mensch meinen, der Feminismus ist in Hollywood angekommen. Doch das ist ein Trugschluss. Zwar hat sich seit der Metoo-Bewegung natürlich einiges in der Filmindustrie verändert, aber Hollywood ist immer noch Teil unserer kapitalistischen, patriarchalen und profitorientierten Welt. Zudem gibt es nicht den einen Feminismus, so auch nicht im Film. Jüngst entfachte der -gewinnende Film *Poor Things* von Yorgos Lanthimos diese Debatte erneut. Wann ist ein Film feministisch? Kann ein Film überhaupt feministisch sein oder kann ein Film nur feministische Züge aufweisen?

Coming-of-Age und Male Gaze

Der Plot von *Poor Things* ist nichts bahnbrechend Neues. Man könnte sagen, es handelt sich um einen Coming-of-Age Film: Ein Mädchen wird bis hin ins erwachsene Alter begleitet. Was bei dem Film *Poor Things* aussergewöhnlich ist, ist die Frankenstein-ähnliche Interpretation des Coming-of-Age Genres und die apokalyptische, viktorianische Szenerie. In der Erzählung selbst werden Themen wie Sexarbeit, sexuelle Befreiung und Selbstermächtigung angesprochen und hierbei wird der sogenannte «Male Gaze» bewusst verwendet, um performative Kritik an diesem Konzept auszuüben. In der feministischen Theorie bezeichnet der «Male Gaze» die Darstellung von Frauen und der Welt im Film, der Kunst und Literatur aus einer männlichen, heterosexuellen Perspektive, die Frauen als Sexualobjekte zum Vergnügen des männlichen Betrachters präsentiert.

Es gibt unzählige Filme, die einen ähnlichen Plot haben und gleichzeitig mit der Tradition des Male Gazes brechen. *Poor Things* zeichnet sich also nicht nur durch die bewusste Verwendung des «Male Gazes» aus, als auch durch die exzentrische und radikale Umsetzung einer gewissen Ästhetik, darum hat der Film auch den Oscar für das beste Kostümdesign gewonnen. Meiner Meinung nach war Hollywood einfach erstaunt darüber, dass ein Cis-Mann einen so progressiven und emanzipatorischen Film produzieren kann. Deshalb ist es eher insgesamt ein Armutszeugnis von Hollywood, dass ein Film wie *Poor Things* als feministisch erachtet wird.

Die kleinen Margeriten (1966)

Es ist interessant zu beobachten, dass sobald ein Film von einem Regisseur als feministisch bezeichnet wird, dieser aufgewertet wird, aber sobald eine Regisseurin einen feministischen Film dreht, dies abwertend wirkt. Das kann man bei dem Film *die kleinen Margeriten* (1966) von der tschechischen Regisseurin Věra Chytilová beobachten. Die Regisseurin bestritt zeitweilig, dass ihr Film feministisch sei, trotzdem wurde er von der feministischen Bewegung im Westen als feministisch interpretiert. Das lag vor allem auch daran, dass wenn sie ihren Film als feministisch bezeichnet hätte, sie sich damit kritisch gegenüber der herrschenden kommunistischen Partei geäußert hätte, obwohl die Frauenfrage seit der Revolution als gelöst

angesehen hatte. Zudem hätte sich Chytilová mit einem feministischen Stempel in eine nicht ernst zu nehmende Filmemacherin gemacht.

Bei *Poor Things* wird das Feministische dem Plot zugesprochen, aber die hohe Kunst ist nicht nur eine gute Erzählung, sondern auch filmtechnische Kreativität. So überzeugt der Film *kleine Margeriten* mit der experimenteller Filmtechnik und der burlesken Erzählart. Der während des Prager Frühlings erschiene Film thematisiert die gesellschaftlichen Erwartungen und Ansprüche an Frauen. Dabei werden nicht nur gesellschaftliche Konventionen im Plot gebrochen, sondern auch filmisch-technische Konventionen und Sehkonventionen. Im Film treiben zwei junge Frauen namens Marie 1 & 2 in der Stadt Prag ihren Schabernack. Sie essen, was sie wollen und wie viel sie wollen, haben Sex, mit wem sie wollen, ziehen an, was sie wollen, und zerstören, was sie wollen. Die puppenhaften Erwartungen an Frauen werden überzogen und damit kritisiert. Ausserdem ist der Film eine Kritik an dem sinnlosen Konsum, welcher durch das ständige Essen, durch die Lust an der Zerstörung, durch schrankenlose Individualität symbolisiert wird. Kunst, so auch der Film sollte mensch meinen, muss sich nichts und niemenschem unterwerfen, ausser der künstlerischen Freiheit. Das zeigt Chytilová mit ihrem anti-patriarchalen Film, doch wenn mensch in Hollywood erfolgreich sein möchte, darf die Message nicht zu radikal sein. Eine Ausnahme besteht, wenn mensch sich bereits einen Namen gemacht hat. Dann kann mensch sich weiter aus dem Fenster lehnen. Für Hollywood ist der liberale Feminismus akzeptabel, weil eine gewisse Gesellschaftskritik dazu gehört und sogar produktiv für die Branche ist. Deshalb bedient sich *Poor Things* historisch gesehen typisch feministischer Kampfformen wie Sexarbeit und Emanzipation, aber die Kapitalismuskritik wird hinten angestellt.



Dreharbeiten zu *Barbie*, Links Regisseurin Greta Gerwig



Aus dem Film *Die kleinen Margeriten*, auch bekannt als *Tausendschönchen*

Barbie – Glorifizierung statt Konsumkritik

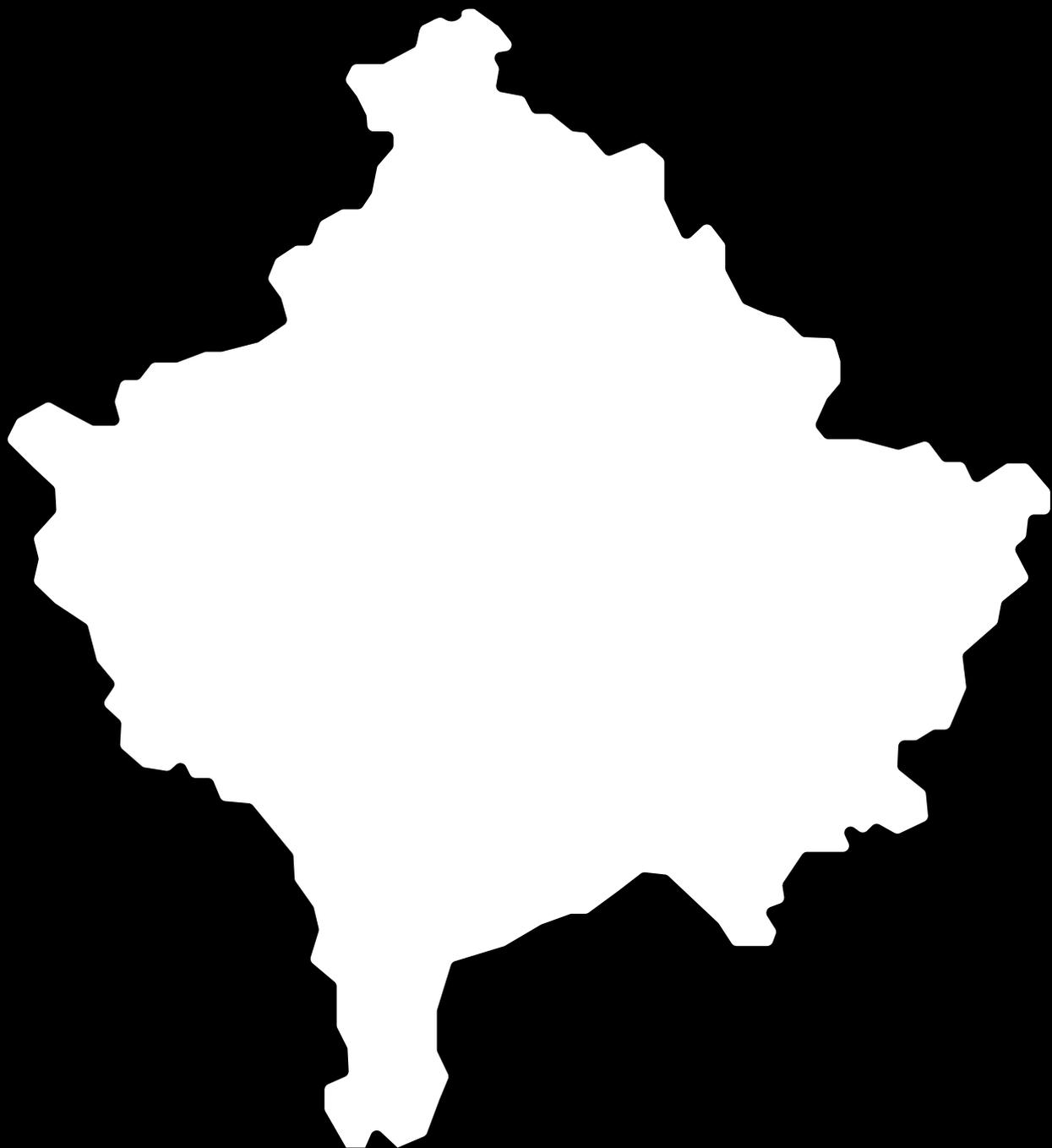
Auch *Barbie* wurde in gewissen Hollywood-Kreisen, vor allem von alten weisen Cis-Männern, nicht ernst genommen und abgewertet. Der sexistische Kommentar des Golden Globes Moderators Jo Koy zeugt davon. Ausserdem gewann *Barbie* genau einen Oscar, und zwar für das beste Lied, welches von Billie Eilish und ihrem Bruder geschrieben wurde und zutiefst persönlich geprägt ist.

Natürlich ist es erstaunlich und auch wieder nicht, dass in Hollywood so ein Projekt zustande kommen konnte. Hollywood an sich kann als progressiv bezeichnet werden, so auch wie kulturelle Phänomene in Filmen gespiegelt und verarbeitet werden, aber schlussendlich haben die Leute, die das Geld haben, die ganze Branche in den Händen. Der Writers-Strike im letzten Jahr in Hollywood lässt zugleich die Progressivität dieser Sphäre als auch die Prekarisierung dieser Branche hervorscheinen. Wenn man darüber nachdenkt, was das für die kapitalistische Filmindustrie bedeutet, wird einem mulmig zu Mute. Anscheinend bedrohen gewisse Feminismen nicht mehr den Kapitalismus, was eigentlich so sein sollte, sondern der liberale Feminismus ist für den Kapitalismus rentabel geworden. Ebendiejenigen Feminismen, die nicht Kapitalismus und Konsum

kritisieren, sondern nur oberflächliche Verbesserungen fordern, damit Mann und Frau schlussendlich kulturell gleichgestellt sind. Feministische Theorien werden für die Unterhaltung instrumentalisiert, obwohl es zumeist Theorien sind, die genau dieses System überwinden wollen. Wenn man den Film anschaut, hat man das Gefühl, wir haben unser Ziel erreicht, wir müssen nicht weiterkämpfen. Wie Noemi Klein, eine feministische Klimaaktivistin, in einem Podcast sagte: der Film verherrlicht jeglichen Konsum, denn schlussendlich ist der Film einfach ein unterhaltsamer und sehr langer Mattel-Werbespot. Dabei wird die Geschichte der feministischen Bewegung dargestellt, aber der intersektionale und Queer-Feminismus wird einfach ausgeklammert. Das zeigt nur umso deutlicher, dass wir noch lange nicht an unserem Ziel angekommen sind und wir uns neue Widerstandsformen und theoretische Ansätze überlegen müssen, um den Kapitalismus zu kritisieren und zu überwinden. Denn es ist gefährlich, wenn sich die Idee verbreitet, dass Feminismus nur die Gleichstellung von Mann und Frau sei. Die feministischen Theoretikerinnen Cinzia Arruzza, Tithi Bhattacharya und Nancy Fraser konstatieren folgerichtig, wenn sie sagen, dass wir keine Welt wollen, in der die Ausbeutung am Arbeitsplatz und die gesamtgesellschaftliche Unterdrückung von

Männern und Frauen der herrschenden Klasse gleichberechtigt verwaltet wird. Die feministischen Streikwellen aus den Jahren 2016 und 2017 zeigen die Unabdingbarkeit diesem antikapitalistischen, queeren und intersektional Feminismus auf. Eine politische Strategie dieser Streikwellen war auch der Konsumstreik. Natürlich kann man mit dem Finger einfach auf die da oben zeigen, aber theoretische Kritik allein verändert die Welt nicht. Deshalb sollten neue Streikformen wie der Konsumstreik im digitalen Zeitalter in Betracht gezogen werden. Diese politische Strategie und ihre mögliche Reichweite hat schon Bell Hooks, eine feministische und antirasistische Kulturwissenschaftlerin, in ihren Schriften betont.

Felicitas Kanne
BFS Basel



Vetëvendosje: Kosovos linke Regierung

mit **Fan Hoti**

Die noch junge Republik Kosovo wird seit 2021 von der dezidiert linken und antikolonialen Lëvizja Vetëvendosje regiert. Dass dies der ursprünglich aus Studierendenprotesten hervorgegangenen sozialen Bewegung gelang, ist bemerkenswert. Ein Gespräch mit dem Schweizerisch-Albanischen Aktivist *Fan Hoti*.

Theo Vanzetti Fan, gibt es ein Schlüsselereignis, welches dazu führte, dass du politisch aktiv wurdest?

Fan Hoti Entscheidend bestärkt, politisch etwas zu machen hat mich der bis heute ungeklärte Tod des Medizinstudenten und Aktivist:innen Astrit Dehari. Er war der Leiter der Studierendenorganisation von Vetëvendosje (SKV). Im August 2016 wurde Astrit Dehari und sechs weitere Aktivist:innen in U-Haft gesteckt. 2015 gab es Proteste gegen die Verhandlungen mit Serbien¹, Privatisierungswellen, etc. an denen Astrit beteiligt war. Nach zwei Monaten, noch bevor Anklage erhoben werden konnte, fand man ihn tot in seiner Zelle auf. Ein rechtsmedizinisches Gutachten aus der Schweiz hat Jahre später ergeben, dass es bei seinem Tod eine Dritteinwirkung gegeben haben muss. Für viele war jedoch bereits zum Zeitpunkt seines Todes klar, dass es sich um einen politischen Mord handelte. Dehari hat die Jugend und Studierenden im Land entscheidend politisiert, Vetëvendosje politisch weiter nach links gebracht und mit Streiks und Demos sogar den Rektor der Uni in Prishtina gestürzt. Er ist übrigens in Bern geboren und aufgewachsen.

TV Welche politische Kraft war damals im Kosovo an der Macht?

FH Eine Koalition aus der PDK, der Partei von Hashim Thaçi und der LDK, welche damals von Isa Mustafa angeführt wurde. Es gab viele Ungereimtheiten, wie gelöschte Videoaufnahmen aus dem Gefängnis, widersprüchliche Aussagen der Behörden, und schleppende und intransparente Ermittlungen. Einer der Zellengenossen Astrits verstarb kurz darauf auf bisher ungeklärte Weise, ein anderer wurde nach seiner Verurteilung wegen Mord vom damaligen Präsidenten Hashim Thaçi begnadigt.

¹ Anm. v. T.V.: Überall, wo im Interview von Verhandlungen oder Spannungen mit Serbien die Rede ist, geht es um Folgendes: Bis in die Gegenwart betrachtet die serbische Regierung die seit 2008 unabhängige Republik Kosovo als abtrünnige Provinz. Dies hat zwei Gründe. 1. Jugoslawien bestand aus mehreren Teilrepubliken. Dem Kosovo wurde dieser Status verwehrt, womit er Bestandteil der Teilrepublik Serbien war. 2. Spielt das Gebiet des heutigen Kosovo in der historischen Erzählung, auf welche sich die heutige Nation Serbien beruft, eine Schlüsselrolle. Jedoch ist ein daraus abgeleiteter Gebietsanspruch genauso willkürlich, wie alle Nationalmythen, welche auf Geschehnisse vor mehreren Hundert Jahren zurückgehen.



Protestaktion der Bewegung am 30. Juni 2007

Kürzlich verschwanden Beweismittel aus dem Institut für Rechtsmedizin. Auch sein Bruder Arbnor Dehari starb 2014 durch einen Sturz von einem Balkon, auch er war immens wichtig für Vetëvendosje und auch bei seinem Tod lassen sich viele Ungeheimheiten feststellen. Laut dem Schweizer Gutachten schein Astrit Dehari gefoltert worden zu sein. Vermutlich wollten seine Peiniger ihn zu Aussagen zwingen, die es erlaubt hätten, Vetëvendosje zur Terrororganisation zu erklären, womit die Bewegung als Partei verboten worden wäre. Doch dazu kam es nicht.

TV Im Kosovo ist die letzten Monate und Jahre einiges passiert. Einerseits kam mit der Vetëvendosje eine Kraft in die Regierungsverantwortung, die sich stark von anderen Parteien unterscheidet. Andererseits nahmen serbische Aggressionen wieder zu. Letzteres führte so weit, dass letzten September Paramilitärs, die mutmasslich von der serbischen Regierung in Belgrad unterstützt wurden, im kosovarischen Dorf Banjska einen Überfall verübten. Dabei hatten die aus Kosovo-Serben bestehenden Paramilitärs die kosovarische Polizei angegriffen, eine Brücke besetzt, und sich danach

in einem Kloster verschanzt. Bevor wir im zweiten Teil des Interviews² zu diesem Überfall kommen, kannst du erklären, für welche Ziele und Werte die Lëvizja VETËVENDOSJE! (Selbstbestimmungs-Bewegung) steht?

FH Lëvizja VETËVENDOSJE! entstand aus dem Netzwerk Kosova Action Network (KAN). Das waren anfangs Studis aus der ganzen Welt, welche sich mit den Studierendenprotesten 1997 in Prishtina solidarisierten. Nach dem Krieg setzte sich das KAN für die Freilassung politischer Gefangener ein, darunter einige der späteren Gründer:innen von Vetëvendosje, welche noch in der Zeit der serbischen Herrschaft (resp. im sog. Restjugoslawien, Anm. v. T. V.) inhaftiert worden waren. Das KAN wurde zum Netzwerk für linke Aktivist:innen in Kosova, welche sich nach dem Krieg für Menschenrechte einsetzten. Nach dem Krieg wurde Kosova durch die UN-Mission UNMIK verwaltet. Die Administration durch die UNO wurde von den Zusammenhängen, aus denen Vetëvendosje später entstand, als fremdbestimmtes Protektorat, die internationale Präsenz in Kosova,

² Teil zwei des Interviews wird im Mai als Online-Artikel auf sozialismus.ch veröffentlicht. Der an dieser Stelle abgedruckte erste Teil, widmet sich der Entstehung und politischen Ausrichtung der Lëvizja Vetëvendosje.

darunter auch der NATO, generell als neokolonialistisch verstanden. Der internationalen Gemeinschaft ging es nie um die Anliegen der kosovarischen Bevölkerung. Vetëvendosje sagte: «Es wird nicht mehr über unsere Köpfe hinweg entschieden. Wir bestimmen selbst über unsere weitere Entwicklung.» Es ging um Selbstbestimmung in Bezug auf die internationale Gemeinschaft, aber auch in Bezug auf Serbien. Am 12. Juni 2005 wurde der Slogan «Jo negociata – Vetëvendosje!», auf Deutsch «Keine Verhandlungen – Selbstbestimmung!» an das Hauptquartier der UNMIK geschrieben, was heute als Gründungsdatum von Vetëvendosje gilt. Das Projekt verstand sich als Antwort auf die internationalen Verhandlungen, welche über, aber nicht mit Kosova geführt wurden. Anfangs stand die Bewegung im Kern für die territoriale Selbstbestimmung Kosovas im Bezug auf seinen damals noch ungeklärten politischen Status, seit der Gründung der Vetëvendosje wurde das Recht auf Selbstbestimmung jedoch immer weiter gefasst – nationale Befreiung, Selbstbestimmung von Frauen, etc. Ganz interessant ist, dass es diverse Demofotos von Mitgliedern der jetzigen Regierung gibt, wie sie damals Autos der UNMIK umkippten und immer wieder festgenommen wurden. Sie betonten immer wieder ihren friedlichen Ansatz, der zwar keine Gewalt gegen Menschen zulässt, materiellen Schaden jedoch als legitim ansieht.



Festnahme vom heutigen Premierminister Albim Kurti im Nachgang an Demos gegen Korruption und Privatisierungen, November 2015

2010 meldete sich die bisherige soziale Bewegung Vetëvendosje als Partei an. Zuvor waren Wahlboykotts Teil ihrer Strategie. Seitdem die Beteiligung an Wahlen stattfindet, nahm das Thema Korruptionsbekämpfung viel Raum bei Vetëvendosje ein. Jedoch ging es im Gegensatz zu liberalen Antikorrupionsparteien nie lediglich um dieses eine Thema. Ebenfalls wurde zum Beispiel das durch Privatisierung geprägte Wirtschaftssystem kritisiert.

Fan Hoti

wuchs in Genf auf. Während seiner Zeit im Gymnasium politisierte er sich zunächst über linke Zusammenhänge, welche sich mit lokalen Themen wie Sozialabbau befassten. Da ihn das Geschehen im Kosovo schon immer sehr interessierte, begann er sich spezifisch mit der aus den Studierendenbewegungen der 1990er Jahren entstandenen Lëvizja Vetëvendosje! zu beschäftigen. Ins Deutsche übersetzt bedeutet dies Selbstbestimmungs-Bewegung. Fan engagiert sich auch heute noch im Kosovo in der Lëvizja Vetëvendosje!

TV Würdest du also sagen, dass eine Mehrheit der Bevölkerung dadurch, dass sie Vetëvendosje wählen, ein Interesse an einer progressiven Auslegung von nationaler Befreiung hat?

FH Generell schon. Vorsicht ist jedoch in jedem Fall geboten, da du nie weißt, wie sich ein emanzipatorisches Projekt entwickeln kann, gibt es ja genügend tragische Beispiele in der Geschichte der Linken. Wichtig ist es, verschiedene Kämpfe zu verknüpfen. Wenn du beispielsweise vermittelst, dass Menschenrechte eine Voraussetzung für Selbstbestimmung sind, kannst du deren Notwendigkeit recht gut legitimieren. Vetëvendosje hat das geschafft. Ein Hauptkampf, der alle vereinigte, war zum Beispiel der Widerstand gegen die eigene korrupte Elite. Vetëvendosje hat so das erreicht, was sich viele Linke erträumen: aus einer radikalen Minderheitsposition die Mehrheit zu überzeugen.

Wichtig sind auch die historischen Verknüpfungen, die erstellt wurden. Vetëvendosje schafft es an eine bereits vorhandene linke Tradition im Land anzuknüpfen, die sich weder an Tito noch an Enver Hoxha orientierte, und übersetzte diese ins 21. Jahrhundert. So war das Recht auf Selbstbestimmung Teil der 68er Proteste in Kosova und der Konflikt wurde von einer bestimmten Strömung der Linken im Balkan, unter anderem vielen Serb:innen wie Dimitrije Tucović, nie als ethnischer, sondern kolonialer Konflikt verstanden. Und vor allem wurde auch betont, dass Albaner:innen in der Zeit vor der Befreiung nicht nur Opfer waren, sondern auch Widerstand leisteten. Ohne, dass wir uns selbst erhoben und gewehrt hätten, wäre die NATO niemals gekommen. Die Nato hat uns nicht befreit, sondern unsere eigene Befreiung unterstützt.

TV Nochmals zur politischen Ausrichtung von Vetëvendosje. Du erwähnest vorhin auch den Widerstand gegen die NATO. Das finde ich spannend an deinen Ausführungen. Denn das oberflächliche, liberale Narrativ über den Kosovo lautet, man sei der NATO dankbar, dass es heute die Republik gibt, und Punkt. Kann man in Abgrenzung zu diesem Narrativ also progressive, linke Politik im Sinne von Vetëvendosje wie folgt zusammenfassen: Es werden drei verschiedene Akteur:innen als Problem identifiziert, welche Selbstbestimmung im Weg stehen: 1. Die alten Herrschenden aus Jugoslawien und später Serbien, 2. westliche, imperialistische Mächte und 3. die eigene korrupte Elite.

FH Ja das trifft es recht gut. Nur würde ich nicht nur von westlichen, imperialistischen Mächten sprechen mit Hinblick auf Russland und weitere Akteure in der Region. Die NATO-Mission in Kosova, KFOR, ist zwar die Schutzmacht, anerkennt die Republik jedoch formell nicht als Staat an. Und eben, das dritte Problem ist die eigene, korrupte Elite, also die kosovarische Oligarchie.

Ein guter Vergleich lässt sich zur Syriza in Griechenland ziehen: Bei Syriza ging es sehr oft um Deutschland und Merkel, viel zu selten aber um die eigenen griechischen Oligarchen. Dies hat sich gerächt, denn diese sind heute wieder an der Macht.

TV Schon 2017 war Vetëvendosje mit über 27% bereits die stärkste Kraft im Parlament. Aber die erste Regierungsbeteiligung war dann erst 2020. Weshalb?

FH Genau. Zwar war sie wählerstärkste Partei, doch gab es eine Koalition aus Dutzenden Parteien rund um die PDK, wodurch diese als stärkste Kraft das Recht auf Regierungsbildung hatte. Nach langen Verhandlungen kam Vetëvendosje 2020 just zu Beginn der Pandemie an die Macht. Nach nur 50 Tagen aber wurde die Regierung unter Albin Kurti gestürzt, was ein leiser Putsch der USA bzw. Trumps war. Um beim Vergleich mit Syriza zu bleiben: Albin Kurti hätte der Macht wegen ein Abkommen mit Serbien unter Vermittlung von Trump, welches ethnische Grenzbeziehungen und Amnestie für Kriegsverbrechen vorsah, eingehen können. Er blieb aber standhaft und wurde gestürzt. Syriza hingegen ging Kompromisse ein, um an der Macht zu bleiben, und liess den Widerstand gegen die EU, EZB, IWF, etc. fallen. Kurz: Es ist nicht nur moralisch, sondern auch strategisch besser, Macht zu verlieren aber Prinzipientreu zu bleiben. Denn dadurch begreifen die Leute an der eigenen Basis, dass es mit dem Programm ernstgemeint ist.

Theo Vanzetti
BFS Zürich

Im zweiten des Interviews, welches im Mai als Online-Artikel auf [sozialismus.ch](https://www.sozialismus.ch) veröffentlicht wird, geht es um die 2023 krass eskalierten Spannungen in den nördlichen Gebieten, wo Kosovo-Serb:innen als Bevölkerungsmehrheit leben.

Was kann im Norden des Kosovo getan werden, um darauf hinzuarbeiten, dass es zu keinem neuen Krieg kommt?



Grossdemo gegen die Wohnkrise



Eine andere Stadt ist möglich!

@wohnraumfueralle www.wohndemo.ch

25.05.2024

Zürich Landesmuseum

Samstag 14:00 Uhr

Über die BFS

Die Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS) ist eine schweizweit aktive, antikapitalistische Organisation. Seit unserer Gründung 2002 engagieren wir uns insbesondere zu Fragen der Ökologie, der Migration, des Antirassismus, des Feminismus und der Arbeitswelt. Wir intervenieren in gesellschaftliche Debatten und arbeiten aktiv in sozialen Bewegungen und Basiskollektiven mit.

Die BFS hat Sektionen in Zürich, Basel, Genf, Lausanne und im Tessin. In Zürich und Basel existieren auch Jugendgruppen, die BFS Jugend Zürich und die BFS Jugend Basel.

Auch in anderen Städten wie gibt es immer wieder Lesegruppen und andere Projekte. Wir diskutieren offen, international und orientiert an den sozialen Bewegungen. Wir vernetzen uns, organisieren uns selbstständig und wollen Räume schaffen, in denen Sexismus, Rassismus, Homo- und Transphobie keinen Platz haben. Organisiere dich mit uns!

Wenn du mehr über uns erfahren und/oder dich an unseren Aktivitäten beteiligen möchtest, freuen wir uns über deine Kontaktaufnahme.

sozialismus.ch

BFS Zürich info@bfs-zh.ch
BFS Jugend ZH jugend@bfs-zh.ch
BFS Basel basel@sozialismus.ch
BFS Romandie mps@socialisme.ch
BFS Tessin mps.ti@bluewin.ch

 [Bewegung für den sozialismus](#)

  [sozialismus.ch](#)
 [bfsjugendzh](#)

bfs
Bewegung für den Sozialismus